

## 4.2. Stimmung in der Region (BRD)

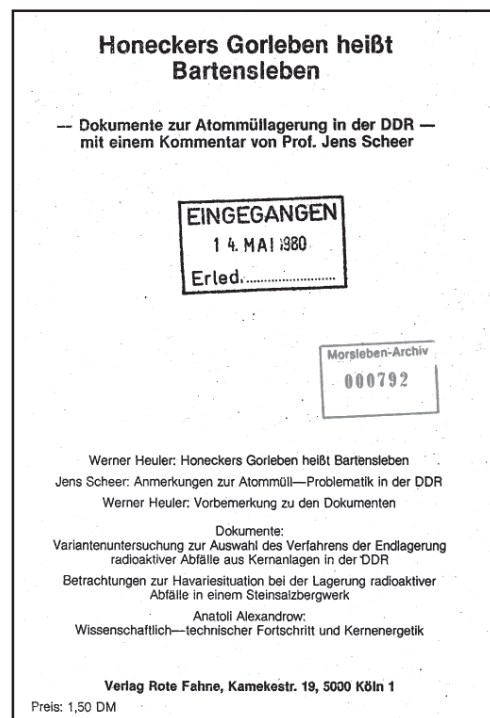
Schon vor der Vereinigung von BRD und DDR gab es vor allem in der Helmstedter Region Ängste und Kritikäußerungen am Betrieb des nahen Atommüll-Endlagers.<sup>1</sup> Die Stadtverwaltung pflegte einen regen Kontakt mit verschiedenen Bundesbehörden, um aktuell über das Geschehen in Morsleben informiert zu sein und die Bedenken gegen das Lager zu kommunizieren. Manches Gutachten zu Sicherheitsproblemen im ERAM wurde mit Unterstützung der Stadt Helmstedt erbracht.<sup>2</sup>

Ab 1990 gab es auch in der Region der früheren DDR Kritik am ERAM. Die heute in Helmstedt ansässige BürgerInnen-Initiative gegen das Morslebener Endlager wurde in Haldensleben als Zusammenschluss von Menschen aus Ost und West gegründet. In Morsleben selbst gab es jedoch auch gegenläufige Kräfte, die für den Weiterbetrieb argumentierten; zum einen teilten sie nicht die Sicherheitsbedenken der AtomkraftgegnerInnen, andererseits herrschte – nicht nur in Morsleben – eine Angst vor Arbeitsplatzverlusten. Bei einigen gewählten Repräsentanten ist auch heute noch eine erstaunliche Ignoranz gegenüber dem Thema Endlager festzustellen. Nicht nur einmal wurde im letzten Jahr der Einladung zur Diskussion über das ERAM mit Argumenten eine Absage erteilt, die von *kein Informationsbedarf bis Gegnern keine Plattform bieten* reichten.<sup>3</sup>

### Quellen:

- 1 Ständige Vertretung der BRD in der DDR: Pressemitteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, 23.07.1981, BAArch DF 10 Nr. 261, MorsArch 001036
- 2 Aktivitäten von Verwaltung und Stadtrat Helmstedt zu Morsleben, (vermutlich) 10.12.1990, MorsArch 000995; Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
- 3 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004

Abbildung 18: Quelle:  
MorsArch 000792)



## 4.3. Arbeitsplätze

Wie bei anderen Großprojekten auch, spielte in Morsleben seit dem Übergang zum Kapitalismus das Arbeitsplatzargument eine wichtige Rolle. Eine strukturschwache Region entwickelt schnell eine Abhängigkeit zu einigen wenigen Arbeitgebern. Die Zahl der Arbeitskräfte betrug 1990 noch 280 Personen, zum Ende des Jahres waren es nur noch 263. Im August 2004 waren noch 180 Arbeitskräfte beim ERAM beschäftigt.<sup>1</sup>

Da mittlerweile die Stilllegung des Endlagers sicher ist, spielt das Arbeitsplatzargument in der Auseinandersetzung über die Form der Schließung kaum noch eine Rolle. Klar ist, dass die Stilllegung eine jahrelange Beschäftigung für viele weitere Menschen bringen wird. Je nach Konzept wird auch nach der Stilllegung noch Personal für Überwachung und Schutz der Anlage gebraucht.

### Quelle:

- 1 Energiewerke Nord GmbH (EWN): Report. Social aspects by the decommissioning of the Greifswald NPP, 2002, MorsArch 000193; Auskunft Infohaus Morsleben vom 05.08.2004

## 4.4. Risikobewusstsein – psychologisch betrachtet

von Heidi Ittner und Volker Linneweber (Institut für Psychologie der Otto-von-Guericke-Universität)

Die Theorie selbstschützenden Verhaltens erklärt unseren Umgang mit Gefahren und Risiken: „Eingangsgrößen“ und „Verarbeitungsvariablen“ des Modells sind Informationen und Prozesse, die aus dem Umfeld sowie von uns selbst stammen – Informationen aus den Medien oder aus unmittelbarer Kommunikation, unsere Vorerfahrungen und persönliche Eigenschaften (Ängstlichkeit, Risikofreude) bedingen die Verarbeitung dieser Informationen und damit den weiteren Prozess des Umgangs mit dem Risiko. Eine daraus resultierende spezifische Bewertung der Gefahr selbst (Größe und Eintretenswahrscheinlichkeit) sowie ein gewisses Maß an Furcht sind erforderlich, damit eine weitere Verarbeitung erfolgt.

Dabei kann es sowohl zu einem fehlangepassten Umgang (Leugnung, Wunschenken etc.) als auch zu einer verhaltensbedingenden Motivation kommen. Die Bewertung der Bewältigungsmöglichkeiten (grundsätzlich, persönlich) und der Folgen einer Gefahrenbewältigung sind ebenfalls bedeutend:

Bei negativem Ausgang dieses Bewertungsvorgangs resultiert ebenfalls unangepasster Umgang; werden hingegen Bewältigungsmöglichkeiten angenommen, resultiert eine verhaltensbedingende Motivation.

Für den vorliegenden Anwendungszusammenhang (Endlager Morsleben) ergibt sich vor dem Hintergrund dieser Theorie umfangreicher Forschungsbedarf. So kann in jedem Segment und bei jeder Prozesskomponente sowohl auf individueller Ebene als auch auf aggregierter Ebene bzw. im Umfeld analysiert werden, welche Einflüsse wirken und wie die einzelnen Komponenten ausgeprägt sind.

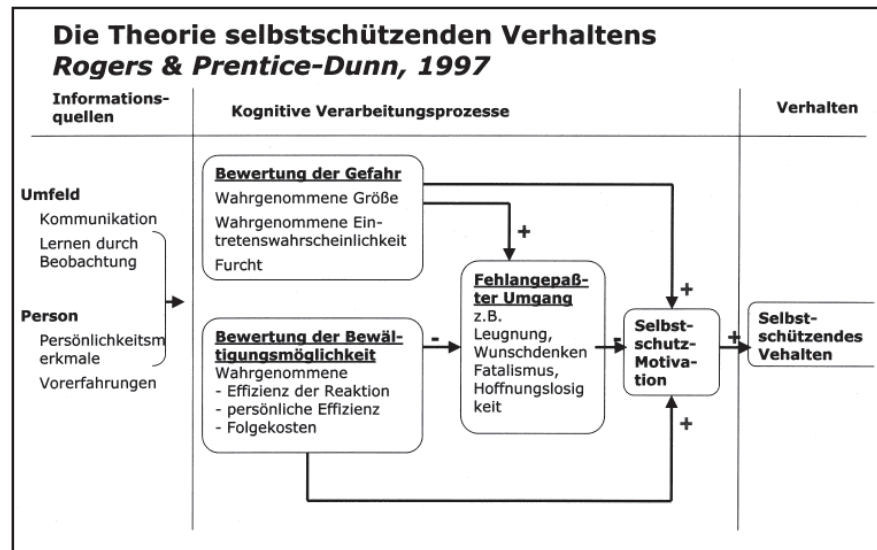


Abbildung 19: Theorie selbstschützenden Verhaltens (Quelle: Universität Magdeburg, Institut für Psychologie)

#### Literatur:

Rogers, R. W., & Prentice Dunn, S. (1997). Protection motivation theory. In D. S. Gochman (Ed.), (1997). Handbook of health behavior research 1: Personal and social determinants (pp. 113–132). New York, NY: Plenum Press.

### 4.5. Informationspolitik der BRD-Regierung

Auf den ersten Blick erscheint die Informationsbereitstellung von BMU und BfS umfassend. Im Internet<sup>1</sup>, in Broschüren<sup>2</sup> und im Morslebener Infohaus<sup>3</sup> stehen Daten und ausgewählte Informationen zur Verfügung. Aus dem Schriftwechsel zwischen Umweltorganisationen und BMU/BfS bzw. mit BürgerInnen ist jedoch ablesbar, dass viele Detail-Informationen erst nach mehrmaligem Nachfragen zu bekommen waren. Oft waren die Antworten sehr kurz und unpräzi-

se; vielfach wurde auch auf veröffentlichtes Material verwiesen, wo aber die Themen selten erschöpfend und aktuell behandelt und zumeist nur einseitig betrachtet wurden. Auch wurden in der Vergangenheit Probleme heruntergespielt bzw. gar nicht auf sie eingegangen.<sup>4</sup> Hierfür gibt es einige Beispiele im Briefwechsel zwischen BMU und Greenpeace bezüglich Sicherheitsproblemen, die in offiziellen Papieren angerissen, vom BMU aber als unbedenklich eingestuft wurden.<sup>5</sup>

Auch entsprachen nicht alle Mitteilungen der Wahrheit. So beantwortete Prof. Dr. Töpfer, der damalige Bundesumweltminister, den Brief eines besorgten Bürgers am 31.10.1994 mit der Aussage: *In das ERAM werden lediglich schwach radioaktive Abfälle mit im wesentlichen niedrigen Halbwertszeiten eingelagert.*<sup>6</sup> Tatsächlich lagern dort nicht unerhebliche Mengen mittelradioaktiver Abfälle und viele Stoffe haben eine hohe Halbwertszeit. Hinzu kommen die umstrittenen Strahlenquellen, von denen das BMU zwar meint, es seien keine hochradioaktiven Stoffe, dies aber nicht von allen Beteiligten so gesehen wird.

#### Quellen:

- 1 <http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html>
- 2 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 3 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Präsident König eröffnet Infohaus in Morsleben, 14.12.2000, MorsArch 000556; Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Infohaus am Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (Verbezettel), 09.01.2001, MorsArch 000659
- 4 BMU: Schreiben an „Monitor“ (WDR): „Ihre Anfrage vom 30.06.1998“, 01.07.1998, MorsArch 000559
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524
- 6 Prof. Dr. Klaus Töpfer, BMU: Schreiben an eine Hamburger Bürgerin: „Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben“, 31.10.1994, MorsArch 000534

### 4.6. Politik der Medien

von Christin Schäfer und Falk Beyer

Seit den 1970er Jahren berichteten westdeutsche Medien wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung oder die Braunschweiger Zeitung über Morsleben und entfachten damit eine öffentliche Diskussion in der BRD. Damals wurde vor allem eine mögliche Verseuchung des Grundwassers von Helmstedt und Umgebung durch das Endlager thematisiert. Da diese nach Meinung der Stadt

Helmstedt nicht auszuschließen sei, sollten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Die Berichterstattung in den BRD-Medien führte zu Verunsicherung und Vorsichtsmaßnahmen auf DDR-Seiten. Aus Sorge vor einem sich formierenden Widerstand untersagten die zuständigen Behörden daraufhin nahezu jegliche Publikation über das ERAM. Schon zugesagte Vorträge und Veröffentlichungen wurden wieder zurückgezogen.

So fand 1978 ein Philosophenkongress zum Thema „Mensch, Umwelt, Technik“ statt. Es wurde überlegt, ob DDR-Delegierte teilnehmen sollen. Das SAAS nahm dazu wie folgt Stellung: *Kernenergieprobleme stehen im kapitalistischen Ausland im Brennpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen, die oft dramatisches Ausmaß annehmen.* Die DDR solle Leute entsenden und das Thema offensiv angehen, um *Zwangslagen* (durch Befragungen) zu vermeiden.<sup>1</sup> Am 12.03.1979 genehmigt der Minister für Kohle und Energie, Siebold, einen Vortrag des Werksdirektors des Endlagers Ebel „Vorbereitung, Errichtung und Inbetriebnahme des Endlagers Morsleben“, den dieser auf einem IAEA-Symposium in Finnland (02.–06.07.1979) halten will.

Am 25.04.1979 zeigte sich SAAS-Präsident Sitzlack in einem Schreiben empört über den *falschen und irreführenden Vergleich*, der in den Massenmedien der BRD zur Abfallproblematik in Gorleben und Morsleben gezogen wurde und über die falschen Informationen, die von der Westpresse diesbezüglich verbreitet wurden.<sup>2</sup> Wann genau diese Medienwelle rollte, geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor, unsere Nachforschungen lassen aber auf den Zeitraum zwischen 12.03.1979 und 25.04.1979 schließen.

Sitzlack verlangte nun, den bereits genehmigten Vortrag von Ebel abzusagen. Begründung: Die Diskussion über Kernenergie in den westlichen Ländern und vor allem die Auseinandersetzung in der BRD über Gorleben hatte sich verschärft. Weiterhin verwies Sitzlack darauf, dass Honecker Publikationen, die von ihm im Auftrag des ZK geschrieben wurden, aufgrund der *politischen Brisanz dieser Frage* gestoppt hatte. Sitzlack schloss daraus: die von Honecker gefällte Entscheidung soll *grundsätzlich auch auf Fachveröffentlichungen zu solchen Problemen der Kernenergie* ausgedehnt werden, die zu Angriffen westlicher Massenmedien führen könnten.<sup>3</sup>

Die durch die westlichen Medien (mit)verursachte Sperre von Publikationen zum ERAM hatte Bestand: die Honecker-Anweisung wurde z. B. 1980 herangezogen, um *bis auf weiteres keine Form von Veröffentlichungen zum ERAM* zuzulassen (das hatte Sitzlack gefordert) – am 09.10.1980 bezieht sich der

neue MKE Mitzinger auf genau diese Honecker-Anweisung von 1979, um die Nichtfreigabe von Publikationen zu begründen.<sup>4</sup> Weiterhin wurden Interviewwünsche von West-Reportern vom SAAS abgelehnt, z. B. am 29.06.1981.<sup>5</sup>

Nach der Vereinigung behielten diese Zeitungen ihre Art der Berichterstattung bei. Die Helmstedter Zeitung berichtete beispielsweise über die Demonstration vor dem Endlager im März 1991, bei der AtomkraftgegnerInnen dessen endgültige Stilllegung erreichen wollten. Dabei stützte sich die Zeitung auf Aussagen von TeilnehmerInnen und ExpertInnen, gab jedoch keine eigene Meinung preis. Genauso verhielt es sich mit der Peiner Allgemeinen Zeitung, die über die nach Expertenmeinung ungenügenden Sicherheitsstandards in Morsleben informierte. Außerdem benannten diese Zeitungen auch die Gründung von Bürgerinitiativen gegen das ERAM und ihre Forderungen.

Medien wie der Magdeburger Express berichteten über Transporte von Atommüll durch Magdeburg. Bundesweite Tageszeitungen wie die taz kritisierten die BefürworterInnen des Endlagers Morsleben schärfer. So stellten entsprechende Artikel heraus, dass Bundesumweltminister Töpfer das „Atomklo“ Morsleben nach der Wiedervereinigung sehr gelegen käme und kritisierten die Verschleppungstaktik des BMU beim Planfeststellungsverfahren zum ERAM. Das Neue Deutschland beschrieb Morsleben als Glücksfall für die westliche Atomlobby und stellte den Widerspruch zwischen der angeblichen Sicherheit im ERAM und den maroden, umweltverschmutzenden Industrieanlagen der DDR, von denen tagtäglich zu hören war, dar.

#### Quellen:

- 1 Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz beim Ministerrat der DDR (SAAS): Zur Frage des Auftretens der DDR-Delegation zu Kernenergieproblemen auf dem Symposium „Mensch, Umwelt, Technik“ im Rahmen des Philosophenkongresses 1978 „Kernenergie und Gesellschaft“, 14.02.1978, MorsArch 000581
- 2 Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR: Stellungnahme zum irreführenden Vergleich in den Massenmedien der BRD zur Abfallproblematik in Gorleben/BRD und Morsleben/DDR, 25.04.1979, MorsArch 000582
- 3 Staatssekretär Prof. Dr. med. habil. Sitzlack, Schreiben an Minister für Kohle und Energie Genossen Siebold, 08.06.1979, MorsArch 000584
- 4 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Kohle und Energie. Der Minister: Schreiben an Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Präsident Genossen Prof. Dr. Sitzlack wegen Anfrage zu Veröffentlichung einer Ausarbeitung zur Endlagerung in der DDR, 09.10.1980, MorsArch 000583
- 5 Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Staatssekretär Prof. Dr. med. habil. Sitzlack: Schreiben an Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Genossen Willi Stoph, 29.06.1981, MorsArch 000585

---

## 4.7. Umgang mit dem Wissen um Sicherheitsprobleme

### DDR

von Antje Labza

Da das ERAM in unmittelbarer Nähe zur Grenze Niedersachsens liegt, wurden die westdeutschen Nachbargebiete in Untersuchungen, die die DDR in Bezug auf etwaige Sicherheitsprobleme der Anlage durchführte, mitberücksichtigt.

Eine Analyse der SZS stellte 1972 mögliche *Havarie-Situationen* dar und untersuchte detailliert mehrere realistische Unfallszenarien (u. a. Grubeneinsturz, Wassereinbrüche). Der Autor der Studie wies folgerichtig zahlreiche Risiken der Einlagerung in Salzbergwerken nach, kam in einer argumentativen Kehrtwende am Ende seines Berichtes aber zu dem Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls so niedrig sei, dass Einlagerungen radioaktiver Abprodukte trotzdem als sicher angesehen werden könnten.<sup>1</sup>

Das Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung (Ost wie West) wurde generell als gering eingestuft. Der Präsident des SAAS Sitzlack teilte daher am 04.09.1987 in einem Brief an den Bundestagsabgeordneten Brauer mit, dass *selbst der größte denkbare Unfall – „Absaufen“ der Grube – zu keinen Strahlengefahren für die Umwelt führt*, das Grundwasser nicht gefährdet sei und eine sichere Einlagerung *über Jahrtausende* garantiert würde.<sup>2</sup> Sieben Jahre zuvor allerdings war es am 31.10.1980 zu einer Schachthavarie gekommen. Einer Untersuchung der Bergbehörde Staßfurt zufolge waren menschliches und technisches Versagen (Verschleiß) für den Sachschaden verantwortlich, Strahlengefährdung habe nicht bestanden.

Ein weiterer dokumentierter Nachweis für bekannte Sicherheitsmängel findet sich in einem Schreiben vom Ministerium für Kohle und Energie: Am 15.11.1982 hatte das SAAS vom MKE die Aufforderung erhalten, das ERAM nicht mehr in ihre Publikationstätigkeit und in die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde) einzubeziehen, da es ungelöste Probleme gebe, *die sich zwischenzeitlich bei der Einlagerung von flüssigen Eindampfrückständen im Endlager ergeben haben*.

Ein Unfall außerhalb des Endlagers ist ebenfalls bekannt. Am 07.09.1984 kam es beim Transport von radioaktiven Abfällen auf der heutigen A2 in der Nähe des Rasthofs Börde zu *Außergewöhnlichen Ereignissen*, die das SAAS dokumentierte: Ein LKW, beladen mit 4,8 Kubikmetern niedrigaktivem, flüssigem Abfall, geriet in Brand. Die Ladung sei nicht vom Feuer erfasst worden. Fahrer, Feuerwehr und Reparaturpersonal seien nur einer *sehr geringen Bestrahlung, unter der zulässigen jährlichen Strahlenbelastung* ausgesetzt ge-

wesen. Eine Änderung des Strahlenschutzregimes sei nicht notwendig, konstatierte das SAAS.<sup>3</sup> Selbst Unfälle lösten keine Änderung des gängigen Ablaufes aus. Diese Beispiele veranschaulichen, dass sowohl Gutachten zu möglichen Einlagerungsrisiken verfasst wurden, als auch tatsächliche Sicherheitsprobleme bestanden. Wie wurde nun mit solchen Informationen umgegangen?

1988 wurde durch den Ministerrat angewiesen, die in der *Übergabe von Ergebnissen aus der Strahlenschutzüberwachung an Partner bilateraler Abkommen* auftauchenden Daten *unter Wahrung der Interessen der DDR zusammenzustellen*. Da das ERAM bereits 1972 eine *Aufgabe von nationaler und internationaler Bedeutung* war und der *Ausbau der Kernenergie in der DDR als Schlüsseltechnologie zur Sicherung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft* (so das Ministerium für Staatssicherheit – MfS – 1987) galt, durften eventuelle Probleme nicht ohne weiteres öffentlich gemacht werden. Ein offener Umgang mit Informationen zu Sicherheitsmängeln und Havariesituationen erscheint also eher unwahrscheinlich.

Wesentlich gefährlicher erschien den Verantwortlichen die Gefahr des *Nuklearterrorismus*. Daher wurde 1978 auf Initiative des MfS eine *besondere Struktur „physischer Schutz“* im SAAS geschaffen, 1982 durch eine Rechtsvorschrift zur Überwachung von Atomanlagen ergänzt. Eine Verbesserung des notwendigen Schutzes vor Unfällen oder der bestehenden Sicherungssysteme (z. B. beim Transport der Abprodukte zum ERAM) dürfte durch diese Maßnahme eher nicht zu erwarten gewesen sein.

### Quellen:

- 1 Franke, H.: Betrachtungen zur Havariesituation bei der Lagerung radioaktiver Abfälle in einem Steinsalzbergwerk. In: Report SZS 138, September 1972
- 2 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz: Antwort auf die Anfrage des MdB Jochen Brauer zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, 04.09.1987, MorsArch 000795
- 3 SAAS: Einschätzung des Außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07.09.1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS), 10.09.1984, BArchB DF 10 Nr. 258, MorsArch 000789

### BRD

Mit der Vereinigung von BRD und DDR ging das Endlager zunächst in die Verantwortung des SAAS, dann in die des BfS, über. Für DDR-Altanlagen garantierte der Einigungsvertrag einen zehnjährigen Bestandsschutz. Juristisch wurde ein fiktiver Planfeststellungsbeschluss konstruiert<sup>1</sup>, da nach BRD-Recht vor der Inbetriebnahme eines Atommüll-Endlagers ein Planfeststellungs-


verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben ist. Mit diesem Vorgehen wurde die Öffentlichkeit ein weiteres Mal übergangen. Mit dem ERAM wurde ein Endlager betrieben, das in einem auf den strenger westdeutschen Vorschriften basierenden Genehmigungsverfahren kaum Chancen auf einen positiven Beschluss gehabt hätte.<sup>2</sup>

In dieser Zeit ist dokumentiert, wie in den Sitzungen der RSK vom BfS und mindestens einem seiner Gutachter Sicherheitsbedenken geäußert, diese jedoch nicht weiter beachtet wurden.<sup>3</sup> Die Sicherheitsbedenken von Umweltverbänden und seitens der Genehmigungsbehörde wurden ebenso übergangen und notfalls der Weiterbetrieb durch bundesaufsichtliche Weisungen erzwungen.<sup>4</sup>

Nachdem bekannt wurde, dass in Morsleben möglicherweise auch hochradioaktive Abfälle aus DDR-Zeiten lagern – ein Fernsehmagazin berichtete 1996 darüber – wurden Vorwürfe bezüglich der Duldung illegaler Zustände und der Verletzung der Aufsichtspflichten gegen die amtierende Bundesumweltministerin Angela Merkel laut. Das BfS erklärte die Missstände nach deren bekannt werden mit einer fehlenden Landessammelstelle in Sachsen-Anhalt. Außerdem wurde begründet, dass es sich bei den betreffenden Stoffen definitionsgemäß nicht um hochradioaktives Material handele, was jedoch von Umweltverbänden und einigen Behörden bezweifelt wurde.

Als 1997 die mangelnde Standsicherheit in Morsleben bekannt wurde, empfahl die BGR die betreffenden Bereiche nicht mehr als Endlager zu betreiben und die grüne Umweltministerin Sachsen-Anhalts Heidecke verlangte die sofortige Schließung des Endlagers. Allerdings sah die SPD-Landesregierung die Sicherheit des Endlagers als nicht gefährdet an. Selbst als 1999 die Information von Rissen im Salzstock veröffentlicht wurde, erklärte das BfS, dass keine Gefahr für die Sicherheit der Grube bestünde. Wenige Jahre später änderte sich diese Einstellung zu Sicherheitseinschätzungen.<sup>5</sup> Im Jahr 2000 begann die Notverfüllung des Südfelds<sup>6</sup> und im Herbst 2003 die Stabilisierung des Zentralteils des ERAM.<sup>7</sup> Die Sensibilität des BfS gegenüber akuten Gefahrenlagen scheint sich in diesen Jahren gegenüber den fast die gesamten 1990er Jahre durchziehenden Verharmlosungen geschärft zu haben.<sup>8</sup>

In Fragen der Langzeitsicherheit zeigt sich das BfS nach wie vor optimistisch. Dem Umweltministerium Sachsen-Anhalt zufolge ist aus der Einreichung der Planfeststellungsunterlagen und aus den bisherigen Aussagen zu schließen, dass das BfS überzeugt ist, den Sicherheitsnachweis für 1.000.000 Jahre erbringen zu können. KritikerInnen – beispielsweise aus dem Morsleben-Netzwerk – bezweifeln diese Möglichkeit. Ob das Bundesamt hier zu wenig Selbstkritik vorweist oder die Lage realistisch darstellt, wird frühestens nach der Veröffentlichung der Planunterlagen abschätzbar sein.


**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

**RS III. 1 - 14844/15**

---

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

---

Ministerium für Umwelt,  
Naturschutz und Raumordnung  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Pfälzer Straße  
39106 Magdeburg

**vorab per Telefax: 0391-567-3368 oder 3393**

**Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)**  
- Bundesaufsichtliche Weisung nach Artikel 85 Abs. 3  
des Grundgesetzes -

1. Ihr Schreiben vom 01. Juni 1995 an das Bundesamt für Strahlenschutz  
- 58.1./40340/22 -
2. Mein Schreiben vom 07. Juni 1995  
- RS III 1 - 14844/15 -
3. Ihr Schreiben vom 08. Juni 1995  
- 58.1 / 40340/22 -
4. Schreiben des Bundesamts für Strahlenschutz vom 30. Juni 1995  
- Z 2,2/21/Sza -
5. Ihr Schreiben vom 23. August 1995  
- KÖ/Li -
6. Schreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, übermittelt per Fax am 24. August 1995
7. Mein Schreiben vom 24. August 1995  
- RS III 1 - 14844/1 -
8. Mein Schreiben vom 25. August 1995  
- RS III 1 - 14844/1 -
9. Ihr Bericht vom 25. August 1995
10. Mein Schreiben vom 25. August 1995  
- RS III 1 - 14844/1 -
11. Ihr Schreiben vom 28. August 1995
12. Bundesaufsichtliches Gespräch vom 28. August 1995

Anlage

**Telefon:**  
1 = 335-3225 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

**Erreichbar mit öffentlichen Fernsprecheinrichtungen:**  
1, 8 u. 9: 305-3325 (Morsleben) 10 u. 11: 305-3326  
2 u. 3: 305-3327 (Morsleben) 12: 305-3328  
4 u. 5: 305-3329 (Morsleben) 6 u. 7: 305-3330 (Morsleben)

**Postfach:**  
1 = 305-3325 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

**Telefax:**  
1 = 305-3325 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

**Erreichbar mit öffentlichen Fernsprecheinrichtungen:**  
1, 8 u. 9: 305-3325 (Morsleben) 10 u. 11: 305-3326  
2 u. 3: 305-3327 (Morsleben) 12: 305-3328  
4 u. 5: 305-3329 (Morsleben) 6 u. 7: 305-3330 (Morsleben)

**Postfach:**  
1 = 305-3325 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

**Telefax:**  
1 = 305-3325 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

**Erreichbar mit öffentlichen Fernsprecheinrichtungen:**  
1, 8 u. 9: 305-3325 (Morsleben) 10 u. 11: 305-3326  
2 u. 3: 305-3327 (Morsleben) 12: 305-3328  
4 u. 5: 305-3329 (Morsleben) 6 u. 7: 305-3330 (Morsleben)

**Postfach:**  
1 = 305-3325 8 = 305-3399  
2 = 305-3326 9 = 305-3323  
3 = 305-3327 10 = 305-3328  
4 = 305-3328 11 = 305-3329  
5 = 305-3329 12 = 305-3330

Abbildung 20: Zur Not wurde der ungestörte Betrieb des einzigen Bundesendlagers per Weisung durchgesetzt (Quelle: MorsArch 000566)

Gemäß Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes weise ich Sie an,

1. die an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit Schreiben vom 24. August 1995 - Az.: 58.1/58/4034/22 - gerichtete Verfügung zur Dauerbetriebsgenehmigung für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) bis einschließlich 4. September 1995 zurückzunehmen und mich innerhalb der Frist hierüber per Telefax zu unterrichten,
  2. alle von Ihnen im Rahmen Ihrer atomrechtlichen Zuständigkeit zum ERAM beabsichtigten, nach außen wirksamen Verfahrensschritte, die den Endlagerbetrieb des ERAM behindern oder verhindern könnten, mir vorher zur schriftlichen Zustimmung vorzulegen,
  3. in Verwaltungsverfahren, einschließlich Verwaltungsstreitverfahren, Ihrem Handeln zugrunde zu legen, daß
    - a) das ERAM aufgrund der gültigen Dauerbetriebsgenehmigung vom 22. April 1986, die auch die Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle durch Versturz auf der 5a-Sohle umfaßt, rechtmäßig betrieben wird,
    - b) sicherheitstechnische Bedenken zum ERAM, aus denen sich eine Gefährdung von Mensch und Umwelt ergeben könnten, nicht ersichtlich sind,
- und
4. in Verwaltungsstreitverfahren, die das ERAM betreffen, den Inhalt der Schriftsätze und sonstiger Unterlagen, die bei Gericht eingereicht werden sollen, vorher mit mir abzustimmen.

8. November 2000

22/2000

Pressemitteilung

ISSN 0941-620X

**Sperrfrist: Mittwoch, 8.11.2000, 13 Uhr**

### **Endlager Morsleben: Neue Erkenntnisse erfordern sofortiges Handeln im Südfeld**

Im Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) gibt es stärkere Schäden an den sogenannten Schweben (Deckenbereiche zwischen zwei Hohlräumen) als bisher erkennbar.

„Wir müssen damit rechnen, dass kurzfristig bis zu 1000 Tonnen schwere Salzbrocken – bergmännisch Löser genannt – von der Decke auf den dort lagernden Atommüll fallen können,“ erklärte Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), am Mittwoch vor der Presse in Magdeburg. „Auf Grund dieser neuen Erkenntnisse zur gebirgsmechanischen Situation im Südfeld des Endlagers Morsleben werden die Resthohlräume der zwei Einlagerungskammern umgehend verfüllt,“ stellte König die daraus folgenden Konsequenzen dar. Er habe Sofortmaßnahmen wie die Sperrung bestimmter Bereiche im Südfeld angeordnet. Durch geeignete technische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewetterung (Belüftung) sei nach derzeitigem Kenntnisstand gewährleistet, dass keine unzulässige Freisetzung radioaktiver Stäube in die Umgebung stattfindet.

Im Rahmen betrieblicher Überwachungsarbeiten waren im Juni/Juli 1999 in einer von zwei Untersuchungsbohrungen vier Risse mit einer maximalen Öffnungsweite von 4,5 cm in der Schweben eines Abbaus zwischen der 3. und 4a-Sohle festgestellt worden. Daraufhin wurde in Absprache mit dem Bergamt



Abbildung 21: Untersuchungen belegen Sicherheitsprobleme im Südfeld – nun ist Gefahr im Verzug (Quelle: MorsArch 000512)

#### Quellen:

- 1 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
- 2 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
- 3 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192
- 4 BMU: Presseinformation: „Bundesumweltministerium erteilt den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erneut Weisungen in Endlagerfragen“, 09.09.1997, MorsArch 000523; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; BMU: Presseinformation: „Bundesumweltministerin Merkel erteilt Sachsen-Anhalt erneut Weisung zum ERAM-Betrieb“, 26.06.1996, MorsArch 000562; BMU: Schreiben an Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt: „Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). Bundesaufsichtliche Weisung nach Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes“, 09.09.1997, MorsArch 000616
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung vom 8. November 2000: „Endlager Morsleben: Neue Erkenntnisse erfordern sofortiges Handeln im Südfeld“, 08.11.2000, MorsArch 000512; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: BfS bereitet vorgezogene Sicherungsmaßnahmen im Endlager Morsleben vor, 19.03.2003, MorsArch 000518; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Erster Schritt zur Stabilisierung von Grubenbauten im Zentralteil des Endlagers Morsleben (ERAM) eingeleitet, 06.03.2002, MorsArch 000519; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Präsident König: „Löserfall im ehemaligen Endlager Morsleben bestätigt die Bedeutung vorgezogener Verfüllmaßnahmen“, 04.12.2001, MorsArch 000520; BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; Bundesamt für Strahlenschutz: Einladung zur Pressekonferenz des BfS: „Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Einlagerungskammern im Südfeld des ERAM mit Salzgrus abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM) (Auszug BfS-Internetseite), [http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben\\_artikel.html/printversion](http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion), 25.09.2003, MorsArch 000662; Bergamt Staßfurt: Schreiben an BfS: Südfeld, 23.10.2000, MorsArch 000007
- 6 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager Morsleben: Verfüllung des Südfeldes beginnt. Bundesumweltminister Trittin und BfS-Präsident König vor Ort, 17.11.2000, MorsArch 000514; Bundesamt für Strahlenschutz: Einladung zur Pressekonferenz des BfS: „Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Einlagerungskammern im Südfeld des ERAM mit Salzgrus abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Schreiben an Bergamt Staßfurt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). hier: Sonderbetriebsplan „Schachanlage Bartensleben: Verfüllmaßnahmen im Südfeld“ (DBE M2200), 14.11.2000, MorsArch 000615
- 7 Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM) (Auszug BfS-Internetseite), [http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben\\_artikel.html/printversion](http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion), 25.09.2003, MorsArch 000662
- 8 Dr. Michael Mehnert (BfS) bei Morsleben-Befahrung vom 30.08.2004

#### 4.8. Schacht Marie

von Sabrina Lippert und Thomas Beckert

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts waren in der Gegend des Oberen Allertals nur sogenannte Salzbrunnen, welche salzhaltiges Wasser führten, bekannt gewesen. Diese Solequellen wurden bis dahin ausschließlich zu Kurzwecken betrieben.

Im Jahre 1872 wurde die Genehmigung zur Errichtung eines Solquellenbergwerks im Oberen Allertal erteilt. Mit dem zunehmenden Bedarf an Industrie-salzen begann auch der massive Abbau dieser Rohstoffe in Salzstollen. Die Betreiber wollten Stein- und Speisesalz fördern und hatten mit Probebohrungen in den vorangegangenen Jahren den Salzstock entdeckt.

Der Schacht Marie wurde im September 1898 abgeteuft. Er wurde bis auf die zugelassene Endtaufe von 300 m vorangetrieben. Die Erträge des Schachtes und anderer Gruben im Allertal bewog die Betreiber schon um 1900 in unmittelbarer Nähe des Schachtes Marie eine Saline (ein Salzbergwerk) zu errichten und die Gruben weiter auszubauen. Es entstanden riesige Schachtsysteme, deren Stollen nach der Förderung des Salzes leer standen.

#### Rüstung in Marie

Im Jahre 1934 wurde ein Teil der Stollen des Schachtes Marie an das Rüstungswesen des Deutschen Reiches verpachtet, da dieses zunehmend Bedarf an unterirdischen Lagern angemeldet hatte. 1937 wurde in der Anlage eine Munitionsanstalt errichtet. Unter Tage wurde in 150 Kammern hauptsächlich Fliegermunition gelagert.

Ab 1940 wurde die Grube mit Beton ausgebaut. Mit der Verlegung von kriegswichtigen Produktionsstätten der Nazis unter Tage gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in den unterirdischen Anlagen in großem Stil Rüstungsmaterial wie die Steuerung der V1 produziert.

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass sich die unterirdischen Anlagen nicht zur Produktion von der oft sehr filigranen Technik eigneten. Die Teile waren zum Teil so stark korrodiert, dass sie nicht einmal den Testlauf überstanden. Im Schacht arbeiteten 1944 bis 1945 Tausende Angestellte und Zwangsarbeiter unter den unmenschlichsten Arbeitsbedingungen.

Nach Ende des Krieges wurden die Fabriken demontiert und zum größten Teil als Reparation in die UdSSR geschafft; zuvor gelang es den Fabrikbesitzern noch 250 Maschinen zu veräußern.

### Broiler-Zucht in Marie

Während in anderen Bergwerken der Region zum Teil noch große Salzmengen abgebaut wurden, gab es erst 1958 wieder einen Vorschlag zur Nutzung der Anlagen in Marie. Sie sollten zu Hähnchenmastanlagen ausgebaut werden. Ab 1960 begann also in den alten Bergwerkshallen eine Masthähnchenzucht unter Tage. Dieses Verfahren war kostengünstig und so wurde die Zucht weiter ausgebaut. Nach jeweils einer Mastperiode wurden die Anlagen komplett gereinigt und desinfiziert. Ein Teil der Abwässer scheint in die Grube abgelassen worden zu sein. Die schlachtfertigen Hähnchen wurden in einem eigens dafür errichteten Schlachthof über Tage verarbeitet.

Erst Mitte der 80er Jahre wurde mit dem Abbau der Anlagen im Stollen begonnen. Die konventionellen Zuchtmethoden waren weiterentwickelt worden und hatten sich im Laufe der Zeit als wesentlich rentabler erwiesen. Die Schlachtanlagen wurden noch einige Jahre von den umliegenden LPGs genutzt.

### Giftmüll in Marie

Unter Tage wurde unterdessen mit der Einlagerung von Härtereialsalzen im Probetrieb begonnen. Der hohe Bedarf an Entsorgungsmöglichkeiten führte jedoch Anfang der 90er Jahre dazu, dass weit über die genehmigten Mengen hinaus Sondermüll aller Art eingelagert wurde.

Bis mindestens 1988 lagerten die hochgiftigen Salze unter katastrophalen Sicherheitsbedingungen in einem Bunker in Beendorf<sup>1</sup> bzw. als dieser voll war in einer Lagerhalle im Werk der Havelstraße Magdeburg. Da die dortigen Lagerkapazitäten erschöpft und auch der Zustand des Lagers nicht länger tragbar war, beschloss der Ministerrat am 25.07.1985 eine „zeitweilige Zwischenlagerung“ zunächst für 20 Jahre im Schacht „Marie“.<sup>2</sup>

Im Mai 1986 erteilte der Rat des Bezirkes Magdeburg die Standortgenehmigung für das erste Teilvorhaben „Versuchseinlagerung 1986“ für das Investvorhaben.<sup>3</sup> Einlagerungsbeginn war am 30.01.1987,<sup>4</sup> obwohl in der DDR bisher keine wissenschaftlichen Grundlagen zur Einlagerung in Salzschächten, insbesondere über toxikologische Reaktionen vorhanden waren;<sup>5</sup> die endgültige Überarbeitung des toxikologischen Sicherheitsnachweises sollte aufgrund der Einlagerungserkenntnisse nach Abschluss der Versuchseinlagerung erfolgen. Die Gesamteinlagerung erfordere einen toxikologischen Sicherheitsnachweis vom Kombinat Härtol Magdeburg, *der zur Zeit nicht vorliegt*, so der Rat des Bezirkes Magdeburg in einem Schreiben vom 02.07.1987.<sup>6</sup>



Abbildung 22: Giftmüllfässer für Schacht Marie (BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 1014)

Im August 1987 wurde dann die Endlagerung „erprobt“; vorerst sollten 1.000 Tonnen Härtereialsalze in vier Kammern á 250 Tonnen eingelagert werden (600 Tonnen aus der Industrie sowie 400 Tonnen aus Beendorf). Dabei sollte die Entstehung blausäure-haltiger Dämpfe getestet werden. Bis Ende 1987 war die Einlagerung von noch einmal 400 Tonnen sowie zusätzlich 700 Tonnen aus Beendorf (umgefüllt) im Schacht Marie angedacht. Außerdem war geplant, 1989/1990 jährlich mindestens 4.500 Tonnen Salze „zwischenzulagern“.

### Giftmüll-Einlagerungen

Bis zum 08.12.1987 wurden 3.733 Fässer (1.002,191 Tonnen) eingelagert, darunter keine Fässer aus Beendorf. Am 22.12.1987 berichtete die Stasi-Dienststelle Haldensleben, die „Versuchseinlagerung“ sei positiv verlaufen und es sollten weitere Kammern ausgebaut werden.<sup>7</sup> Ab 1988 sollten dann jährlich mindestens weitere 2.000 Tonnen eingelagert werden. Am 10.08.1988 waren es insgesamt 8.023 Fässer (2.189,3 Tonnen), davon wurden 4.106 (1.132,6 Tonnen) im Jahr 1988 eingelagert.<sup>8</sup> Allerdings hatten im ersten Abschnitt der „Versuchseinlagerung“ (30.01.1987–19.05.1987) 50 % aller Lieferer von Altsalzen erhebliche Sicherheitsmängel aufgewiesen, was eine Überarbeitung des Sicherheitsnachweises erforderlich machte.

### Positionierung der Behörden

Offiziell hat sich keine der mitspracheberechtigten Institutionen gegen eine Einlagerung von Giftmüll ausgesprochen. Zudem schien keine Behörde (zumindest nicht alleinig) für eine grundsätzliche Entscheidung zuständig zu sein. Stetig wurden neue Sicherheitsauflagen und Komplexkontrollen gefordert, die aber nie negativ ausfielen. Insgesamt wirkt es, als scheuten die Behörden Interventionen.<sup>9</sup>

In Versuchen wurde aber schon 1987 festgestellt, dass es bei der Einwirkung von Sole (wie sie im Schacht Marie vorliegt) auf cyanidhaltige Altsalze zur Entwicklung von Blausäure kommt. Des weiteren ist ein Nachbarschacht bereits abgesoffen; für den Fall eines Wassereinbruches im Schacht Marie wäre das eine nicht abschätzbare Bedrohung besonders für das direkt angrenzende Atommüll-Endlager Morsleben. Daher wurden die Verbindungshohlräume zwischen Marie und Bartensleben sowohl vom SAAS als auch von unabhängigen Umweltgruppen als problematisch für die Atommüll-Lagerung betrachtet.

E-55

STAATLICHES AMT FÜR ATOMSICHERHEIT UND STRAHLENSCHUTZ (SAAS)

beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Der Präsident

**Vertrauliche Dienstsache**

Nachweis- Nr.	Lfd. Nr.	Dok. Nr.	Reg. Nr.
SAAS/C	27	85	7. 1. 83

Inventarisiert 17.10

Stellungnahme zur Vorlage für das Präsidium des Ministerrates

"Nutzungskonzeption für die Grube 'Marie' bei Morsleben als unterirdische Deponie für toxische Stoffe",  
(VVS B 2 - B 5 12-14/85)

---

Aus der Sicht des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) und seiner Verantwortung als Kontrollorgan für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) ergeben sich unter Berücksichtigung der zur Frage der Nutzung der Grube Marie als unterirdische Deponie toxischer Stoffe erreichten Vorabstimmungen mit anderen Staatsorganen, der vorhandenen volkswirtschaftlichen Zwänge sowie der Tragweite der mit dem vorgesehenen Beschluß verbundenen perspektivischen Festlegungen folgende Anmerkungen und Hinweise:

1. Wie bereits mehrfach vom SAAS in seinen Stellungnahmen unterstrichen, muß vor der Deponie von Giftstoffen in der Grube Marie der Nachweis erbracht werden, daß der Betrieb und die Sicherheit des Endlagers für radioaktive Abfälle in der DDR Morsleben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Dies gilt auch für die selektive befristete Deponie von Härtereialsalzen in der Grube Marie. Eine entsprechende definitive Festlegung sollte in den Beschluß aufgenommen werden. Ferner sollte die Befristung der Deponie von Härtereialsalzen deutlicher im Beschluß kenntlich gemacht werden.
2. Aus der Kontrolltätigkeit des SAAS resultierende Kenntnisse geben Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß das ERAM nicht über die erforderliche Sachkenntnis sowie personellen und technischen Voraussetzungen verfügt, um die Verantwortung zum Betrieb einer zeitweiligen selektiven Deponie von Härtereialsalzen oder anderen chemisch-toxischen Stoffen sowie für

Morsleben-Archiv

000670

Abbildung 23: Trotz Unvereinbarkeit mit der IAEA-Empfehlung, derzufolge toxische und radioaktive Abfälle nicht gemeinsam gelagert werden sollen, erhob das SAAS keinen Einspruch gegen die geplante Giftmüll-Einlagerung. (Quelle: BArchB, DF 10, Nr. 258)

In zwei Gutachten wurde 1993 dargelegt, dass in Bartensleben und Marie nur *unzulänglich wirksame natürliche bzw. geologische Barrieren zwischen dem Endlager und der Biosphäre* existieren. In einem Ernstfall könnte nichts die *mobilierten Radionuklide* aufhalten, da es keinerlei technische Barrieren gibt.

Der Schacht Marie war im Streit um den Standort Morsleben als atomares Endlager immer ein Problempunkt, da hier einige ungünstige Einflussfaktoren vorliegen. Die Broiler-Zucht hat zu einer zusätzlichen hohen Flüssigkeitszufuhr gesorgt, außerdem gibt es hier im sogenannten „Lager H“ eine Tropfstelle mit Verbindung zum Deckgebirge.<sup>10</sup>

Der lange Zeit zwischengelagerte Giftmüll gefährdete auch das Atommüll-Endlager und der direkte Zugang von Marie zu Bartensleben bedeutete eine Gefahr im Falle eindringender Wässer oder sich entwickelnder Blausäure. Mittlerweile ist zumindest der Giftmüll wieder ausgelagert worden. Diese Stoffe finden sich nun in der Sondermüll-Deponie Herfa Neurode.

#### Quellen:

**sofern nicht anders angegeben:** Knappenverein „Oberes Allertal“ Morsleben 1990 e. V.: 100 Jahre Schacht Marie, Salzbergbau im Oberen Allertal, 1997, Kreisarchiv Haldensleben, MorsArch 000671

- 1 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Stellvertreter: Standpunkt zur Problemlösung am 26.2.1988 beim Stellvertreter Operativ über Ablieferprobleme VEB ERA Morsleben (Bericht der KD Haldensleben) / Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg: Festlegungsprotokoll der 2. Kontrollberatung zur Durchsetzung der Konzeption zur schrittweisen Räumung des Härtereialtsalzlagers Beendorf (23.02.1988), 24.02.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 58–61, MorsArch 000686; ■■■■■ Rates für bezirksgeleitete Industrie: Schreiben an VEB Kombinat Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“, Betriebsteil Endlager für radioaktive Abfälle zur Auslagerung aus dem Härtereialtsalzlager Beendorf, 03.02.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 64, MorsArch 000689
- 2 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII: Schreiben an Stellv. Operativ Gen. Oberst Dallmann: Information Grube „Marie“ – Zwischenlager für cyanidhaltige Härtereialtsalze, 02.07.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 153–156, MorsArch 000695; Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik: Beschluß zur Nutzungskonzeption für die Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von cyanidhaltigen Härtereialtsalzen, 25.07.1985, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 197–212, MorsArch 000746
- 3 Rat des Bezirkes Magdeburg: Beschlussvorlage. Rat des Bezirkes. Gegenstand der Vorlage. Standortbestätigung für die Nutzung der Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von Industriesalzen. Standortgenehmigung 1. Teilvorhaben „Versuchseinlagerung 1986“, 29.05.1986, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 231–239, MorsArch 000750

- 4 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII: Schreiben an Stellv. Operativ Gen. Oberst Dallmann: Information Grube „Marie“ – Zwischenlager für cyanidhaltige Härtereialtsalze, 02.07.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 153–156, MorsArch 000695
- 5 ebd., BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Maßnahmeplan zur Sicherung der geplanten zeitweiligen Einlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen im VEB ERA Morsleben Grube „Marie“, 05.03.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 202–210, MorsArch 000713; Bergbehörde: Schreiben an VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Greifswald, BT Endlager für radioaktive Abfälle: „Stellungnahme zu Berichten“, 20.11.1985, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 83–86, MorsArch 000732; MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII: Rapport, 11.12.1985, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 87, MorsArch 000733
- 6 Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg, ■■■■■ Inspektion: Information über die Kontrolle der Durchsetzung des Beschlusses des PMR zur Nutzungskonzeption für die Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von cyanidhaltigen Härtereialtsalzen, 01.06.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 161–163, MorsArch 000696
- 7 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“, Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704
- 8 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Bericht zum Stand der politisch-operativen Sicherung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben, Bereich Grube „Marie“, 25.08.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 91–92, MorsArch 000705
- 9 Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Der Präsident: Stellungnahme zur Vorlage für das Präsidium des Ministerrates „Nutzungskonzeption für die Grube ‚Marie‘ bei Morsleben als unterirdische Deponie für toxische Stoffe“, 1985, BArchB DF 10 Nr. 258, MorsArch 000670; Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Kohle und Energie. Der Minister: Schreiben an Staatliche Plankommission, Staatssekretär Greß: Nutzung der Grube „Marie“ für die Lagerung von Giftstoffen, 30.12.1983, BArchB DF 9 Nr. 1173, MorsArch 000680; Zentrales Geologisches Institut: Geologische Einschätzung der Schachtanlagen „Marie“ und „Bartensleben“, 24.08.1984, BArchB DF 9 Nr. 1173, MorsArch 000682; MfS, Bezirksverwaltung Magdeburg: den Stand der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von cyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“, 16.07.1986, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 28–33, MorsArch 000702
- 10 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638; Albert Günter Herrmann: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). Lösungsvorkommen in den Grubenfeldern Marie und Bartensleben: Stoffbestand, Herkunft, Entstehung. Eine Dokumentation (Abschlussbericht für den Zeitabschnitt 1. Januar bis 1. Dezember 1993), 28.02.1994, MorsArch 000808

#### 4.9. Widerstand

von Christin Schäfer

##### Widerstand in der DDR

Einzelne das ERAM kritisierende Stimmen gab es schon zu Zeiten der DDR. So sind Schriftstücke einiger DDR-Bürger bekannt, die die Atommüll-Lagerung in Morsleben grundsätzlich in Frage stellten. Dabei brachten einige Kritiker ihre wissenschaftlichen und praktischen Kenntnisse ein.<sup>1</sup>

Einen organisierten Widerstand gegen Morsleben gab es in der DDR nicht. Die Geheimhaltung von Fakten zum Betrieb des Endlagers und Sicherheitsangelegenheiten hatte darauf einen wesentlichen Einfluss. Die ideologische Erziehung machte den Gedanken an Widerstand unwahrscheinlich. Außerdem gab es gegen spezielle atomkraftkritische Menschen Versuche der Beeinflussung, um sie wieder auf einen staatsnahen Kurs zu bringen.<sup>2</sup>

##### Widerstand in der BRD bis zur Wendezeit

Besonders betroffen fühlten sich offensichtlich Menschen im Kreis Helmstedt. Dort wurde das ERAM schon Ende 1980/Anfang 1981 thematisiert.<sup>3</sup> Die Stadt



Abbildung 24: Quelle: Greenpeace

4

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

3.8.87

A

## Neue Leitung in den Harz soll bei verseuchtem Wasser helfen

Helmstedter Trinkwasser durch Atommüll der DDR gefährdet

Eigener Bericht

eg. Hannover

Die Stadt Helmstedt kann die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung des Trinkwassers durch eine nur 1500 Meter vom Haupttrinkwasserbrunnen der Stadt entfernte Atommülldeponie auf dem Gebiet der DDR nicht mit Sicherheit ausschließen. Es werden jedoch umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Das teilte der Helmstedter Stadtdirektor Lothar Wien am Sonntag auf Anfrage mit. Unter anderem werde eine Trinkwasserleitung in den Harz gebaut, nach deren Fertigstellung der gefährdete Brunnen innerhalb kürzester Zeit geschlossen werden könne, ohne daß es deshalb zu Engpässen bei der Versorgung komme.

Der Helmstedter Verwaltungschef reagierte mit dieser Stellungnahme auf Berichte vom Wochenende, nach denen Grundwasser aus der Umgebung der Atommüll-Lagerstätte der DDR direkt auf den Helmstedter Brunnen zufließe. Dies sei, so betonte Wien, der Helmstedter Stadtverwaltung und auch der Landesregierung seit 1981 bekannt.

Als Vorsichtsmaßnahme seien auf dem Gelände zwischen dem Helmstedter Trinkwasserbrunnen und dem DDR-Grenzgebiet fünf Kontrollbrunnen angelegt worden, die alle vier Wochen auf eventuelle radioaktive Belastung hin kontrolliert würden. Eine häufigere Überprüfung sei nach Auffassung des dafür zuständigen Umweltministeriums nicht notwendig, weil durch einen Störfall auf DDR-Gebiet verseuchtes Wasser – wissenschaftlichen Gutachten zufolge – erst Monate, wahrscheinlich sogar erst Jahre später in Helmstedt auftauche. Diese zeitliche Verzögerung sei auf den „trägen Grundwasserfluß“ zurückzuführen.

Eine neue Diskussion um die Gefährdung des Trinkwassers kommt den Stadt Vätern der 96 000 Einwohner zählenden

Grenzstadt nicht ganz ungelegen. Denn die Fertigstellung der Trinkwasserfernleitung in den Harz droht sich zu verzögern, nachdem das Land Niedersachsen von 1988 an keine Zuschüsse mehr zu dem 25 Millionen Mark teuren Bauprojekt geben will.

Bisher habe das Land Niedersachsen 80 Prozent der Kosten getragen. Nun, da 19 Millionen Mark verbaut seien, habe sich das Land zurückgezogen, sagte Stadtdirektor Wien. Es sei deshalb zur Zeit völlig ungewiß, ob und wann die Fernwasserleitung fertiggestellt werde.

Wien bestätigte, daß die DDR in einem direkt an der Grenze gelegenen früheren Salzbergwerk „Schacht Bartensleben“ seit 1981 in 400 Meter Tiefe ein zentrales Atommülllager für schwach- und mittelaktiven Atommüll unterhält. Über die gelagerten Mengen sei nichts bekannt. Sprecher der Umweltministerien in Hannover und Bonn vertraten am Wochenende die Auffassung, daß die Gefahr einer Verseuchung des Trinkwassers sehr gering sei. Die bisher vorgenommenen Überprüfungen des Grundwassers hätten zu keinem Zeitpunkt erhöhte Werte ergeben.

Abbildung 25: Hannoversche Allgemeine Zeitung am 03.08.1987 zu einer möglichen Trinkwassergefährdung durch das ERAM

zog ExpertenInnen zu Rate, die eine Trinkwassergefährdung Helmstedts untersuchten und feststellten, dass diese nicht auszuschließen sei.<sup>4</sup> Darum forderte die Stadt Helmstedt von der Landes- und Bundesregierung ein umfassendes Programm zur Überwachung des Endlagers.<sup>5</sup>

Auch im Parlament gab es Stimmen, die bereits vor der Vereinigung von DDR und BRD Sicherheitsbedenken anbrachten. Der FDP-Abgeordnete Dr. Hruska wandte sich 1987 mit einer Anfrage zum Endlager im Schacht Bartensleben an den Niedersächsischen Landtag.<sup>6</sup> Jochen Brauer, grünes Mitglied des Bundestages, richtete einen Brief mit seinen Bedenken an DDR-Generalsekretär Honecker und forderte einen sofortigen Einlagerungsstopp, sowie eine wissenschaftliche Betrachtung des tatsächlichen Gefährdungspotentials.<sup>7</sup>

Ein zu diesen Zeiten recht umfangreiches Kritikpapier brachte der Verlag „Rote Fahne“ Köln unter dem Titel „Honeckers Gorleben heißt Bartensleben“ heraus. Die Autoren machten mit dieser Broschüre auf die Sicherheitsmängel im Schacht Bartensleben, besonders auf die mögliche Verseuchung des Grundwassers, aufmerksam. Sie riefen die Menschen im Osten und Westen dazu auf, das Atomprogramm der DDR-Regierung nicht einfach hinzunehmen.

### Wendezeit

In den Jahren der Wende spitzte sich die Lage um Morsleben zu. Für das ERAM brachte eine Sonderklausel im Einigungsvertrag die Möglichkeit zum Weiterbetrieb bis zum Jahr 2000. Der Wille zum Weiterbetrieb war in der BRD-Regierung vorhanden, denn hier schien eine Lösung für das Entsorgungsproblem der bundesdeutschen AKW zu liegen. Viele Verbände von Atomkraft-Gegnern verstärkten ihren Widerstand gegen das ostdeutsche Endlager.

Mit einem „Sonntagsspaziergang in Morsleben“, bei dem sie informieren und mit BürgerInnen ins Gespräch kommen wollten,<sup>8</sup> startete beispielsweise die AG Schacht Konrad 1990 ihre Morsleben-Kampagne. Als weitere Aktionen folgten ein „Polterabend“ zur Vereinigung vor dem Endlager und eine Morsleben-Konferenz in Haldensleben.<sup>9</sup> Im November des gleichen Jahres bildete sich in Haldensleben die „Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben“ von BürgerInnen Helmstedts, Haldenslebens und anderer Orte beiderseits der ehemaligen Grenze. Neben einem sofortigen Einlagerungsstopp wurde die Erklärung der Deponie zur Altlast gefordert.

Auch eine KlägerInnengruppe um die Rechtsanwältin Claudia Fittkow bereite eine fundierte Klage auf sofortige Stilllegung vor. Als die Akten zur Anlage in Morsleben zugänglich wurden, gab die AG Schacht Konrad der Gruppe Ökologie Hannover ein wissenschaftliches Gutachten zum ERAM in Auftrag. Bundesumweltminister Töpfers Versuch schnellstmöglich einlagern zu können, ließ den Widerstand wachsen.

## Arbeitsgemeinschaft **SCHACHT KONRAD** e. V.



Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.  
Bleckenstedter Straße 24 · 3320 Salzgitter 1

Morsleben-Archiv  
001056

Büro:  
Bleckenstedter Straße 24  
3320 Salzgitter-Bleckenstedt  
Tel.: 05341-67492

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag 16–18 Uhr  
Dienstag 11–13 Uhr

Bankverbindungen:  
PGiroA. Hannover Nr. 3787 52-308  
BLZ 250 10030  
NORD/LB Wolfenbüttel  
Nr. 9 344 250, BLZ 250 500 00

Salzgitter, 25.09.90

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg  
lädt (unwiderruflich) ein zu einem

### **POLTERABEND**

(am Tage vor der "Vereinigung von Ost-West-Atommüll")

am Dienstag, den 2. Oktober 1990 ab 17 Uhr

vor der Schachtanlage des Endlagers Morsleben (DDR)  
(Anfahrtskizze und Beschreibung: s. Rückseite)

Die Aktion wird unterstützt von zahlreichen Anti-AKW-Gruppen  
aus dem östlichen Niedersachsen, so auch von Mitgliedsgruppen  
der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD.

Mit Gepolter und Straßentheater am Schachtgelände wollen die  
(westdeutschen) Veranstalter deutlich machen, daß sie es nicht  
tatenlos hinnehmen werden, wenn das DDR-Atommüll-Endlager Bar-  
tensleben zum Schlupfloch für die westdeutsche Atomwirtschaft  
werden soll. Erwünscht sind noch weitere kulturelle und phan-  
tasievolle Beiträge, die diesen denkwürdigen Tag abrunden. Die  
Inszenierung dieser Aufführung hat die BI Lüchow-Dannenberg  
übernommen, an die man/frau sich bezüglich eines Engagements  
bitte (möglichst umgehend) wenden möge:

Drawehner Str. 3, 3130 Lüchow, Tel.: 05841 / 4684.

Für die Information und Koordination steht auch das Büro der  
Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD zur Verfügung (s.o.).

*Claus Schröder*  
(Claus Schröder - Geschäftsführer)

P.S.: Weitere Informationen, insbesondere zum Thema Endlager  
Morsleben sind dem beiliegenden INFO zu entnehmen.

Abbildung 26: Aktion Polterabend (Quelle: MorsArch 001056)

## 1991 bis 1998

Die schon genannte KlägerInnengruppe errang Mitte 1990 einen nicht unbedeutenden Erfolg. Claudia Fittkow wurde vom Bezirksgericht Magdeburg Rechtsschutz gewährt und Morsleben „vorläufig stillgelegt“. Bald sprachen sich auch die Kommunen und Stadtparlamente in Schöningen, Königsutter und Helmstedt gegen den weiteren Betrieb des Endlagers aus und forderten den sofortigen Einlagerungsstopp.

Damit das ERAM endgültig stillgelegt würde, riefen Morsleben-GegnerInnen zur Großdemonstration vor dem Endlager auf.<sup>10</sup> Bundesumweltminister Töpfer kündigte trotzdem die Wiederinbetriebnahme an;<sup>11</sup> die Reaktorsicherheitskommission schloss eine Gefährdung bis zum Ende der Dauerbetriebsgenehmigung im Jahr 2000 aus. 1992 machte Greenpeace daraufhin Morsleben zu einem Schwerpunktthema. Mit Flugblättern und Pressemitteilungen wurde das ERAM problematisiert. Auf einer Greenpeace-Konferenz 1993 nahmen sie Kontakt mit verschiedenen Parteien wie den „Grünen“ oder der SPD auf. Auch diese erklärten die Einlagerung von radioaktiven Abfällen im ERAM als problematisch und befürworteten die Entwicklung eines Stilllegungskonzeptes.

Greenpeace verstärkte seine Präsenz in Morsleben<sup>12</sup> und legte das Endlager für einen Tag symbolisch still. 1995 beantragten die Greenpeace-AktivistInnen zusammen mit AnwohnerInnen der Region beim Umweltministerium Sachsen-Anhalt den Widerruf der Betriebsgenehmigung für das ERAM. Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) setzten sie 1998 den Einlagerungsstopp von Atommüll im Ostfeld von Morsleben mithilfe einer Klage durch.<sup>13</sup> Dies sollte der Anfang vom Ende des Endlagers werden.<sup>14</sup>



Abbildung 27: Morsleben Aktion Stilllegung 08.11.1993 (Foto: Fred Dott, Greenpeace)



Abbildung 28: Morsleben Aktion Stilllegung 08.11.1993 (Foto: Fred Dott, Greenpeace)

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**  
Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)  
RS III 6 - 07023 II

*Handwritten signature: van der Loo*

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

Herrn  
[Redacted]  
[Redacted]  
[Redacted] Kiel

Lieferanschrift:  
Ahrstraße 20  
53175 Bonn  
Fernruf: (0228) 305-0  
(030) 23142-0\*  
Durchwahl: 2956  
Telefax: 8 857 90  
Telefax: 228 38 54  
Dienstgebäude Nr.: 4  
23. Februar 1994

Sehr geehrter Herr [Redacted],

vielen Dank für Ihre Karte vom 15. Januar 1994, in der Sie u.a. die unpersönliche Art der Antwort auf Ihr Schreiben vom 21. November 1993 kritisieren. Dazu teile ich Ihnen mit, daß im Bundesumweltministerium im letzten halben Jahr ca. 2.500 Schreiben besorgter Bürger im Zusammenhang mit dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben eingegangen sind. Die große Anzahl dieser Schreiben ließ eine persönliche und individuelle Antwort leider nicht zu. Ich bitte Sie insofern um Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Neumann

Beglaubigt  
*Handwritten signature: G. G. G.*  
Angestellte

**Morsleben-Archiv**  
000531

Recycling Papier, zu 100% aus Altpapier hergestellt

Dienstgebäude  
1 = Kennedyallee 5  
2 = Bernauer Straße 8  
3 = Godesberger Allee 90  
4 = Husarenstraße 30  
5 = Grauhensdorfer Str. 92  
(Eingang Husarenstr. 30)  
6 = Ahrstraße 20  
7 = Peterbergweg 63  
8 = Stephan-Lochner-Str. 1  
9 = Stephan-Lochner-Str. 2  
10 = 10117 Berlin, a  
Schiffbauerdamm 15  
Telefax:  
1 = 305-3225  
2 = 305-3034  
3 = 305-2685  
4 = 305-2689  
5 = 305-3746  
6 = 305-2599  
7 = 305-2683  
8 = 305-3225  
9 = 305-2109  
10 = 030-23142-4375/4/5  
Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln  
1, 8 u. 9 = Hochkreuz S-Bahnstationen 10/63  
Busstationen Linie 614 u. 618  
Hochkreuzallee Buslinie 612  
Hochkreuz S-Bahnstationen 16/63  
Busstationen Augustinum Linie 638  
Straßenbahnstationen Finanz-  
ministerium Linie 61  
8 = Busstationen Linie 610 Danziger Straße  
und 614 Deutsche Forschungsgemeinschaft  
7 = Busstationen Linie 622 Rheussallee und  
630 Schiedbergweg  
S-Bahnstationen 64, Kirdinghoven  
10 = Haltestelle Bahnhof Friedrichstraße  
- U- u. S-Bahnen

Abbildung 29: Die Protestwelle und besorgte Anfragen aus der Bevölkerung überfordern schließlich selbst das Bundesumweltministerium. (Quelle: MorsArch 000531)

---

### Wichtige Einlagerungsstopps

Kurz nach der Übernahme des ERAM durch die Bundesregierung gab es einen vom Bezirksgericht Magdeburg verhängten Einlagerungsstopp.<sup>15</sup> Begründet wurde dieser damit, dass keine Betriebsgenehmigung für das Endlager vorläge. Hintergründe waren formale Umstände;<sup>16</sup> die Sicherheit war nicht von Relevanz. Kurze Zeit später hob das Bundesverwaltungsgericht dieses Urteil auf,<sup>17</sup> so dass 1994 erstmals nach der Vereinigung wieder Atommüll eingelagert werden konnte.<sup>18</sup>

1995 stoppte das Umweltministerium Sachsen-Anhalt die weitere Einlagerung auf der 5a-Sohle in Morsleben.<sup>19</sup> Gleichzeitig hatte das Bundesumweltministerium das Land angewiesen, keine Entscheidungen ohne Rücksprache zu treffen. Die Atommüll-Einlagerungen wurden fortgesetzt.<sup>20</sup>

Den letzten und entscheidenden Einlagerungsstopp verhängte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Magdeburg 1998.<sup>21</sup> Auch hier waren Verwaltungsverfahren-Fehler der Hintergrund der Entscheidung. Da diese nur vorläufigen Charakter hatte und eine endgültige Klärung erst im anschließenden Gerichtsverfahren getroffen worden wäre, hat diese Anweisung des OVG heute keine juristische Bedeutung mehr. Denn nachdem die Bundesregierung ihrerseits auf weitere Einlagerungen verzichtete, zogen die KlägerInnen ihre Klage zurück.<sup>22</sup>

### Widerstand heute

Seit der Stilllegungserklärung vom 21. Mai 1999 durch das BfS<sup>23</sup> ist es um das ERAM ruhiger geworden. Erst im März 2004 wurde durch ein Morsleben-Seminar die Gründung des „Morsleben-Netzwerk“ initiiert, welches das Thema neu aufgelegt und dazu Öffentlichkeits-, Lobby- und Hintergrundarbeiten aufgenommen hat.

### Historischer Abriss wichtiger Aktivitäten

1983	Gründung einer Umweltgruppe in Magdeburg in Zusammenarbeit mit Gerhard Loettel, der dann seit 1984 Fragen der Energiepolitik, der Atomkraftwerke und des Endlagers Morsleben einbrachte <sup>24</sup>
11.04.1990	atomkritische WissenschaftlerInnen aus der BRD können erstmals in das Atommülllager einfahren <sup>25</sup>
01.07.1990	„Sonntagsspaziergang in Morsleben“ anlässlich des Gültigwerdens der BRD-Atomgesetz-Regelungen in der DDR <sup>26</sup>
29.09.1990	Bildung „Arbeitsgruppe Bartensleben“ aus der AG Schacht Konrad

---

02.10.1990	AtomkraftgegnerInnen „feiern“ am Vorabend der Vereinigung einen zünftigen Polterabend <sup>27</sup>
20.10.1990	Erste Morsleben-Konferenz in Helmstedt, initiiert von AG Schacht Konrad, Bürgerinitiative Morsleben und BUND Niedersachsen <sup>28</sup> (weitere Konferenzen folgen) <sup>29</sup>
03.11.1990	Gründung „Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben“ in Haldensleben
18.11.1990	200 Anti-Atom-AktivistInnen veranstalten einen Aktionstag gegen das Endlager in Morsleben <sup>30</sup>
09.03.1991	Großdemonstration in Morsleben <sup>31</sup>
Aug/Sep 1993	tagelange Blockade der Zufahrt durch Greenpeace <sup>32</sup>
08.11.1993	Greenpeace besetzt das Gelände und legt Morsleben wegen Sicherheitsbedenken symbolisch für einen Tag still <sup>33</sup>
08.05.1995	15 Menschen blockieren die Zufahrt des Endlagers Morsleben <sup>34</sup>
27.07.1995	rund 30 Menschen blockieren an zwei Zufahrten des Endlagers einen Transport mit mehreren Containern Atommüll <sup>35</sup>
09.10.1995	DemonstrantInnen begrüßen die Umweltministerin „Merkelnix“ bei ihrem Besuch im Endlager Morsleben <sup>36</sup>
18.06.1996	Morsleben-Workshop der Partei „Die Grünen“ in Magdeburg
21.07.–03.08.1996	Anti-Atom-Camp gegen die Atommafia <sup>37</sup>
17.07.1996	hundert Menschen blockieren für eine Stunde die Bundesstraße 1 vor dem Endlager <sup>38</sup>
14.02.1997	über eine Stunde blockieren ca. 15 AtomkraftgegnerInnen das Umladen von Atommüll an einem Güterbahnhof <sup>39</sup>
07.05.1997	30 Menschen bei einer Blockadeaktion vor dem Endlager <sup>40</sup>
13.05.1997	30 AtomkraftgegnerInnen blockieren zeitweise die Zufahrt des Atommülllagers <sup>41</sup>
09.–17.08.1997	Anti-Atom-Camp in Ummendorf mit 40 Menschen <sup>42</sup>
15.08.1997	25 Menschen blockieren die Tore <sup>43</sup>
24.09.1997	Blockade eines Atommülltransportes zum Endlager <sup>44</sup>
13.11.1997	rund 30 Greenpeace-AktivistInnen stellen 50 leere Atommüllfässer mit Schwimmreifen vor das Tor des Atommülllagers <sup>45</sup>
19.07.1998	Blockade dreier Container mit Atommüll durch 50 AktivistInnen <sup>46</sup>

---

25.09.1998 aufgrund einer Klage von Greenpeace und BUND stoppt das OVG Magdeburg die Einlagerung von Atommüll im Ostfeld von Morsleben<sup>47</sup>

März 2004 Greenkids Magdeburg initiieren ein Seminar zum Thema Morsleben, Gründung des „Morsleben Netzwerk“



Abbildung 30: Demo in Morsleben gegen das Endlager. Hier auf dem Foto AktivistInnen des damaligen „Greenteam-Magdeburg“ (Foto: Greenkids Magdeburg e. V.)

#### Quellen:

- 1 Ronald Nold, Magdeburg: Warum der Salzstock Bartensleben bei Morsleben im Bezirk Magdeburg als Atommülldeponie für niedrig- und mittelfradioaktive Substanzen nicht besonders geeignet ist, 25.10.1988, MorsArch 000796
- 2 BStU, Außenstelle Magdeburg, KD Magdeburg, OPK „Doktor“, A-Nr. 1/91, Bd. 6, 267–276
- 3 Niedersächsischer Landtag, 12. Wahlperiode: Niederschrift über die 93. Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, 23.08.1993, MorsArch 000804; Stadt Helmstedt: Bekanntgabe an den Werksausschuß und den Verwaltungsausschuß: „Mögliche Gefährdung des Helmstedter Trinkwassers durch die Ablagerung von Atommüll auf DDR-Gebiet. Mein Bericht an den Herrn Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen vom 29.12.1982“, 10.06.1983, MorsArch 000840; Stadt Helmstedt: Schreiben an Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: „Mögliche Gefährdung des Helmstedter Trinkwassers durch die Ablagerung von Atommüll auf DDR-Gebiet. Ihr Besuch am 26.11.1982 in Helmstedt“, 29.12.1982, MorsArch 000841; PanGeo Geowissenschaftliches Büro, Hannover: Erläu-

ternde Stellungnahme und Fragen zur Langzeitsicherheit des Endlagers Morsleben, 18.11.1993, MorsArch 000118

- 4 Stadt Helmstedt: Schreiben an Greenpeace, Frau Reinecke: „Atommüll-Endlager in Morsleben/DDR. Schreiben vom 08.08.1990“, 26.09.1990, MorsArch 000842
- 5 MfS, HA XVIII: Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morsleben. Information A/ 5877 /04/08/81, (vermutlich) 04.08.1981, BStU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534–536, MorsArch 000120
- 6 Niedersächsischer Landtag, 11. Wahlperiode: Antwort auf Kleine Anfrage – Drucksache 11/767 – Betr. Endlagerung von atomaren Abfällen in Bartensleben (DDR) vom 06.03.1987 und Antwort vom 25.06.1987. Drucksache 11/1276, 09.07.1987, MorsArch 000879
- 7 MdB Jochen Brauer: Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker wegen Morsleben; Anfrage an den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik: Umweltgefährdung durch das Atommüll-Lager Bartensleben, 07.08.1987, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.II.1, Akte Nr.: 1149, MorsArch 000793; MdB Jochen Brauer: Pressemitteilung zur Anfrage zu Morsleben an die DDR, September 1987, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.II.1, Akte Nr.: 1149, MorsArch 000794
- 8 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Schreiben an den Betriebsleiter des Endlagers für radioaktive Abfälle Herrn Dr. Ing. Ebel: betr.: Sonntagsspaziergang am 1. Juli, Nutzung Ihres Parkplatzes, 25.06.1990, MorsArch 001050; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation. Am 1. Juli wird bundesdeutsches Atomgesetz in der DDR gültig: Wird Schacht Bartensleben Ersatzendlager für BRD-Atommüll? – 1. Sonntagsspaziergang am DDR-Atommüll-Lager in Morsleben, 26.06.1990, MorsArch 001051; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: betr.: Sonntagsspaziergang in Morsleben, 26.06.1990, MorsArch 001053; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Faltblatt „Sonntagsspaziergang in Morsleben am DDR-Atommüll-Endlager Schacht Bartensleben“, 01.07.1990, MorsArch 001054; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Keine Demo, keine Kundgebung, Musik, Kaffee und Kuchen nur, wenn's jemand mitbringt zum Sonntagsspaziergang in Morsleben am DDR-Atommüll-Endlager Schacht Bartensleben, (vermutlich) 01.07.1990, MorsArch 001090
- 9 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg lädt (unwiderruflich) ein zu einem Polterabend (am Tage vor der „Vereinigung von Ost-West-Atommüll“) am Dienstag, den 2. Oktober 1990 ab 17 Uhr vor der Schachtanlage des Endlagers Morsleben (DDR) (Anfahrtskizze und Beschreibung: s. Rückseite), 25.09.1990, MorsArch 001056; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur Morsleben-Konferenz am Samstag, den 20. Oktober 1990 um 14.00 Uhr in Helmstedt im „Bürgerhaus“, Stobenstraße 32 (Wegbeschreibung: siehe Rückseite), 05.10.1990, MorsArch 001058
- 10 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation. 2. Morsleben-Konferenz beschließt: „größere“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990, MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Zur Morsleben-Entscheidung des Bezirksgerichts Magdeburg: Aus der vorläufigen – muss eine endgültige Stilllegung werden, deswegen: am 9. März Demonstration von Helmstedt nach Morsleben, 25.02.1991, MorsArch 001063; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Jetzt erst recht. Demo am 9. März 91 in Morsleben findet statt!!!, 04.03.1991, MorsArch 001065
- 11 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192
- 12 Greenpeace: Pressemitteilung Morsleben 18.08.1993: „Töpfer lügt – Greenpeace verschärft Präsenz in Morsleben“, 18.08.1993, MorsArch 001073
- 13 Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt: Beschluss A 1/4 C 260/97 wegen Unterlassung der Einlagerung radioaktiver Abfälle, 25.09.1998, MorsArch 000923

- 
- 14 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: BfS-Präsident König und Umweltminister Keller (Sachsen-Anhalt): Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung von Morsleben soll vorangetrieben werden, 16.05.2000, MorsArch 000521
  - 15 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071; Bezirksgericht Magdeburg, Senat für Verwaltungsrecht: Beschluss der Verwaltungsrechtssache gegen das BfS und die DBE wegen: vorläufiger Betriebseinstellung (BDR 5/90), 20.02.1991, MorsArch 000936; Bezirksgericht Magdeburg, Senat für Verwaltungsrecht: Urteil OVG K 3/91 wegen „Betriebs-einstellung (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben)“, 27.11.1991, MorsArch 000940
  - 16 Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638
  - 17 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; BVerwG: Urteil im Revisionsverfahren 7C1-92MU66 (BVerwG 7 C 1.92, OVG K 3/91), 25.06.1992, MorsArch 000947
  - 18 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; BMU: Pressemitteilung: „Endlager Morsleben. Töpfer: Einlagerung radioaktiver Abfälle bald wieder möglich“, 10.07.1992, MorsArch 000511; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638
  - 19 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Presseinformation: „Umweltministerium untersagt die weitere Einlagerung von mittelradioaktiven Abfällen im Endlager Morsleben – Heidecke fordert Dokumente über den von Merkel behaupteten Sicherheitsnachweis für Morsleben“, 25.08.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Sachsen-Anhalt II.1, Akte Nr. 89, MorsArch 000595; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Schreiben an das BfS: „Dauerbetriebsgenehmigung für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). I. Verfügung“ – nachträgliche Auflagen, 24.08.1995, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Sachsen-Anhalt II.1, Akte Nr. 89, MorsArch 000600
  - 20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
  - 21 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070;
  - 22 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM): Gerichtsverfahren zum ERAM beendet, 12.03.2002, MorsArch 000553
  - 23 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
  - 24 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004, MorsArch 000196
  - 25 ebd.
  - 26 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Keine Demo, keine Kundgebung, Musik, Kaffee und Kuchen nur, wenn's jemand mitbringt zum Sonntagsspaziergang in Morsleben am DDR-Atommüll-Endlager Schacht Bartensleben, (vermutlich) 01.07.1990, MorsArch 001090
- 

- 
- 27 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004, MorsArch 000196; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg lädt (unwiderruflich) ein zu einem Polterabend (am Tage vor der „Vereinigung von Ost-West-Atommüll“) am Dienstag, den 2. Oktober 1990 ab 17 Uhr vor der Schachanlage des Endlagers Morsleben (DDR) (Anfahrsskizze und Beschreibung: s. Rückseite), 25.09.1990, MorsArch 001056
  - 28 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur Morsleben-Konferenz am Samstag, den 20. Oktober 1990 um 14.00 Uhr in Helmstedt im „Bürgerhaus“, Stobenstraße 32 (Wegbeschreibung: siehe Rückseite), 05.10.1990, MorsArch 001058
  - 29 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur 2. Morsleben-Konferenz am Samstag, den 15. Dezember 1990 um 14.00 Uhr in Königslutter, Stadt- und Jugendhaus, Markt (Wegbeschreibung siehe Anlage), 04.12.1990, MorsArch 001060; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation. 2. Morsleben-Konferenz beschließt: „größere“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990, MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur 3. Morsleben-Konferenz am Samstag, den 26. Januar 1991 um 14.00 Uhr in Magdeburg, Hoffnungsgemeinde Krähenstieg (s. Skizze umseitig), 11.01.1991, MorsArch 001062
  - 30 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004, MorsArch 000196
  - 31 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation. 2. Morsleben-Konferenz beschließt: „größere“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990, MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Zur Morsleben-Entscheidung des Bezirksamts Magdeburg: Aus der vorläufigen – muß eine endgültige Stilllegung werden, deswegen: am 9. März Demonstration von Helmstedt nach Morsleben, 25.02.1991, MorsArch 001063
  - 32 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004, MorsArch 000196
  - 33 ebd.
  - 34 ebd.
  - 35 ebd.
  - 36 ebd.
  - 37 ebd.
  - 38 ebd.
  - 39 ebd.
  - 40 ebd.
  - 41 ebd.
  - 42 ebd.
  - 43 ebd.
  - 44 ebd.
  - 45 ebd.
  - 46 ebd.
  - 47 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629; Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt: Beschluss A 1/4 C 260/97 wegen Unterlassung der Einlagerung radioaktiver Abfälle, 25.09.1998, MorsArch 000923
-

---

#### 4.10. Stasi und Morsleben

##### Was hatte die Stasi eigentlich in Morsleben zu suchen?

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR im Endlager Morsleben aktiv war. Angesichts der Bedeutung dieser Anlage für die Energieversorgung und damit Aufrechterhaltung der energiehungrigen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik und der grenznahen Lage des ERAM sind die Aktivitäten des MfS eine logische Konsequenz seines Selbstverständnisses.

Die Grenznähe, die auch einen hohen Geheimhaltungsgrad mit sich brachte und damit anfangs gewünscht war, brachte auch das Risiko von „Republikflucht“ mit sich. So waren auch die ersten Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi im ERAM zur Aufklärung und Prävention in dieser Hinsicht eingesetzt.<sup>1</sup> Weitere Aufgaben waren der Schutz vor terroristischen oder *demonstrativen* (in diesem Zusammenhang taucht in den Akten immer wieder das Wort „Greenpeace“ auf<sup>2</sup>) Angriffen gegen das Endlager, die Sicherstellung der Beschlüsse der Staatsführung, die Überwachung von Geheimhaltung und Sicherheitsstandards sowie die Spionageabwehr. Später erweiterte sich das Aufgabenvolumen auch auf den Schutz der Grenze bzw. der Grenzübergangsstelle Marienborn gegen denkbare Angriffe mit den Giftmüll-Fahrzeugen, die in Schacht Marie toxische Abfälle abliefern sollten.<sup>3</sup>

Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der *kernenergetischen Basis* der DDR – die Kernenergetik wurde als Schlüsseltechnologie zur Sicherung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft betrachtet<sup>4</sup> – war die Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses bedeutsam. Da das ERAM der einzige Betrieb der DDR war, in dem radioaktive Abfälle endgelagert wurden, hatte es eine entscheidende ökonomische Bedeutung. Wäre das ERAM nicht gesichert, stünde die Entsorgung der Atomkraftwerke der DDR in Frage – insbesondere die geplante Inbetriebnahme des AKW Stendal wäre gefährdet – und somit wäre auch keine stabile Energiesituation zu gewährleisten.<sup>5</sup>

Seitens des MfS waren verschiedene Einheiten, so die Hauptabteilung XVIII, die Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg mit ihrer Abteilung XVIII und die Kreisdienststelle (KD) Haldensleben, bezüglich des Endlagers Morsleben aktiv. Die hier dokumentierten IMs waren bei der KD Haldensleben beschäftigt. Es handelte sich dabei überwiegend um speziell angeworbene Mitarbeiter aus dem Umfeld des ERAM, die ehrenamtlich und aus ihrer ideologischen Überzeugung heraus für den Geheimdienst der DDR unter ihren Kollegen und in ihrem Umfeld spionierten. In unregelmäßigen Abständen erhielten sie kleinere Beträge als „Dankeschön“ für ihre Arbeit. Einige der im Zusammenhang mit

---

dem ERAM recherchierten IMs waren in Positionen, in denen sie bereits Einfluss auf das Geschehen im ERAM hatten. Auch Mitglieder der „bewaffneten Organe“ der DDR arbeiteten als Inoffizielle Mitarbeiter für die Staatssicherheit.

Die Hauptabteilung XVIII nannte als Ziele ihrer Aktivitäten die Verhinderung nuklearer Havarien, die Durchsetzung *sozialistischer Gesetzlichkeit*, Sicherheit, Ordnung und Disziplin beim Umgang mit Kernmaterial bzw. beim Betreiben von Kernanlagen und die Sicherstellung einer qualitativen Informations-tätigkeit gegenüber zentralen Partei- und Staatsorganen. Die Gewährleistung der Sicherheit und des allseitigen Schutzes der Kernanlagen unter ihrer Federführung war langjährig ein wesentlicher Bestandteil der politisch-operativen Aufgabenstellungen der Hauptabteilung.<sup>6</sup> Auch auf die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit wurde durch sie Einfluss genommen.<sup>7</sup>

1988 konstatierte die Hauptabteilung, dass operative Erkenntnisse aus der IMB- und Vorgangsarbeit (IMB: Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen) über Spionagetätigkeiten imperialistischer Geheimdienste, insbesondere des BND, und die anhaltende politisch-ideologische Diversionstätigkeit der Medien der BRD dokumentierten, dass Angriffe gegen DDR-Atomanlagen bzw. die Atomenergiepolitik der DDR wesentliche Komponenten feindlicher Pläne und Absichten seien. Erkannte Angriffsrichtungen seien die nukleare Sicherheit, der Strahlenschutz, Kernmaterialtransporte, die Kernforschung in der DDR, die Entsorgung und Lagerung radioaktiver Abfälle und der Physische Schutz. Angriffsobjekte wären demnach vor allem die Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg, das ERAM und das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf.<sup>8</sup>

Als notwendige Maßnahmen erachtete die Hauptabteilung:

- die Erkundung feindlicher Pläne und Absichten als Schutz vor Überraschungen durch den Gegner,
- die Qualifizierung der Spionageabwehr und Bekämpfung anderer feindlicher und krimineller Angriffe,
- die politisch-operative Arbeit zur Verhinderung nuklearer Havarien und anderer relevanter Vorkommnisse mit den spezifischen Kräften, Mitteln und Methoden des MfS,
- die beharrliche Einflussnahme auf die Erhöhung der nuklearen Sicherheit bzw. die Gewährleistung des projektierten Sicherheitsniveaus in den Atomkraftwerken,
- die vorbeugende, schadensabwendende Arbeit auf dem Gebiet des physischen Schutzes zu verstärken, die politisch-operativen Mittel und Metho-

---

den zur Aufklärung und wirksamen Bekämpfung terroristischer Anschläge auf Kernanlagen und -material weiterzuentwickeln sowie

- die in Kernanlagen Beschäftigten zur bewussten Einhaltung von Regelungen der Objektsicherheit und des physischen Schutzes zu bewegen.<sup>9</sup>

### Der „Physische Schutz“ in der DDR

Zum Schutz vor den Gefahren der Atomenergienutzung wurden in der DDR ungefähr 60 Rechtsvorschriften erlassen. Der physische Schutz von Kernmaterial und -anlagen war unmittelbar durch die AnwenderInnen bzw. BetreiberInnen durch baulich-technische, sicherheitstechnische und personell-organisatorische Maßnahmen zu gewährleisten. So sollte kriminellen Angriffen und unbefugten Einwirkungen auf Kernmaterial und -anlagen vorgebeugt werden bzw. sie erkannt, verhindert und verlorengegangenes Kernmaterial wiedererlangt werden.<sup>10</sup>

An die Gewährleistung der Ver- und Entsorgung der Atomkraftwerke hatte die Sowjetunion die Forderung nach staatlichen Zusicherungen der DDR zum effektiven physischen Schutz des Kernmaterials gestellt. Dadurch bestand die Notwendigkeit einer umfassenden Wahrnehmung dieser Aufgaben. Seit 1978 wurden somit gezielt Inspektionen zum physischen Schutz in Atomkraftwerken, bei anderen Anwendern von Kernmaterial und zu Transporten durchgeführt.<sup>11</sup>

Die Grundlagen für einen wirksamen physischen Schutz waren dem Staatssicherheitsdienst zufolge im Zusammenwirken der zuständigen staatlichen Organe mit dem Innenministerium und dem MfS geschaffen. Dies beinhaltete den Schutz und die Sicherung von Kernmaterial und -anlagen in der DDR vor kriminellen Angriffen. Die Verantwortung dafür und auch für die Leitung des Transports, die Organisierung der Maßnahmen des physischen Schutzes und die Einleitung von Maßnahmen bei Havarien trug das SAAS. Alle Maßnahmen des physischen Schutzes unterlagen grundsätzlich der Genehmigung, Bestätigung und Kontrolle durch das SAAS und wurden streng überwacht. Für den bewaffneten Schutz war das Innenministerium zuständig.<sup>12</sup>

1978 wurde auf Initiative des MfS im SAAS eine besondere Arbeitsgruppe Physischer Schutz unter Führung eines Offiziers im besonderen Einsatz eingerichtet, über den eine permanente Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes gewährleistet wurde.<sup>13</sup> Sie sollte die Grundsätze, Kriterien, Vorgaben und gesetzlichen Regelungen erarbeiten. Es gab vier Arbeitsgebiete. Das Arbeitsgebiet 1 beinhaltete die Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg, das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, das Zwischenlager für abgebrannte Brennstoffkassetten, das ERAM, die Bauvorhaben KKW-Stendal und KKW-IV und weitere Bauvorhaben im Rahmen des Kernenergieprogramms

---

der DDR. Der Transport von Kernmaterial war Inhalt des Arbeitsgebiets 2, während das 3. Arbeitsgebiet den Forschungsreaktor der TU Dresden, den Lehr- und Forschungsreaktor der Ingenieurhochschule Zittau und ca. 60 Betriebe, die außerhalb von Atomanlagen Kernmaterial verwenden, umfasste. Das Arbeitsgebiet 4 stellte eine Spezialkommission zur Untersuchung von Störungen, Havarien und sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen im Zusammenhang mit dem physischen Schutz dar. Einem besonderen Geheimhaltungsgrad unterlagen die Tätigkeiten der Arbeitsgebiete 1 und 4.<sup>14</sup>

Eine „Anordnung über den Physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (APS)“ wurde 1982 herausgegeben, um geeignete und aufeinander abgestimmte Sicherungsmaßnahmen durch die Anwender von Kernmaterial und Betreiber von Atomanlagen zu schaffen, die kriminelle Angriffe und unbefugte Einwirkungen frühzeitig erkennen und verhindern sollten.<sup>15</sup>

Das MfS sah die Durchsetzung der Maßnahmen des physischen Schutzes in direktem Zusammenhang mit seiner Aufgabe der rechtszeitigen Erkennung und vorbeugenden Verhinderung bzw. Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten.<sup>16</sup>

Doch im technischen Bereich – insbesondere bei der eingesetzten elektronischen Sicherungstechnik – hielt das Niveau in der DDR noch keinem Vergleich mit dem der westlichen Länder stand.<sup>17</sup> Daher standen für das MfS die Einflussnahme auf beschleunigte Maßnahmen des physischen Schutzes, der Entwicklung von anforderungsgerechter elektronischer Sicherungstechnik und Personenkontrollen sowie Maßnahmen zur Vervollkommenheit der Sicherungssysteme im Vordergrund. Für Grundfragen der Koordinierung sollte durch die Arbeitsgruppe Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR eine zweckmäßige Organisationsform geschaffen werden.<sup>18</sup>

Die sogenannte „politisch-operative Sicherung“ durch das MfS sollte wirksam auf die Gewährleistung des physischen Schutzes von Kernmaterial und Atomanlagen Einfluss nehmen. Schwerpunktaufgaben der politisch-operativen Abwehr- und Sicherungsarbeit waren laut Stasi die Spionageabwehr, die Unterstützung zur Gewährleistung der nuklearen und Anlagensicherheit und der physische Schutz. Mögliche Angriffe in Form des Nuklearterrorismus und antisozialistischer spektakulärer Aktionen müssten schon im Stadium der Vorbereitung erkannt und unschädlich gemacht werden. Die Tendenz der verstärkten Internationalisierung sollte bei der Gestaltung des Qualifizierungsprozesses berücksichtigt werden.<sup>19</sup>

Bei einer Leitungssitzung der Hauptabteilung XVIII wurde am 18.11.1985 festgestellt, dass die politisch-operative Sicherungsarbeit, u. a. im Bereich Kohle und Energie verantwortungsbewusst fortgeführt worden sei. Es gäbe u. a. auch sichtbare Fortschritte vor allem in der OV/OPK-, und IM/GMS-Arbeit.<sup>20</sup>

Im Bereich des Energiewesens seien jedoch noch größere Anstrengungen nötig, um politisch-operativ bedeutsame Anhaltspunkte für die Entwicklung/ Einleitung von OV/OPK herauszuarbeiten. Damit sollte der Kenntnisstand über das gegnerische Vorgehen erhöht und der konkrete Nachweis der Feindtätigkeit erbracht werden. Dazu müsse vor allem die personenbezogene Arbeit verstärkt und in noch stärkerem Maß aus den Erkenntnissen und Erfahrungen von OV/OPK die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. So solle dann die Wiederholbarkeit von Straftaten und Störungen ausgeschaltet werden.<sup>21</sup>

Ein Wirkungsbereich war auch der sogenannte „Schutz von Umweltdaten“, was nichts anderes als die Geheimhaltung von Informationen über mögliche Umweltzerstörungen bedeutete. Um dies realisieren zu können, wurden am 01.09.1985 staatliche Umweltschutzinspektionen bei den Räten der Bezirke gebildet. Auf diese Weise sollten gegnerische Aktivitäten zur Erlangung *geheimzuhaltender Umweltdaten* bekämpft werden.<sup>22</sup> Das Wort „gegnerisch“ bezeichnet im Sprachschatz der Stasi jegliche Personen, Gruppierungen und Aktivitäten, die sich kritisch mit den staatlich zu verantwortenden Vorhaben und Tätigkeiten auseinander setzten.

#### Sicherheit der Atomanlage Morsleben

Das ERAM war in drei Sicherungszonen eingeteilt. Die 3. Sicherungszone wurde von der äußeren Barriere umschlossen. In ihr befand sich mit den Hauptanlagen über Tage, dem Förderturm, dem Mehrzweckgebäude einschließlich der Zutrittskontrollanlage die von einer mittleren Barriere eingefasste 2. Sicherungszone. Der unmittelbare Einlagerungsbereich, umgeben von der *inneren Barriere*, war die Schutzzone 1.<sup>23</sup>

Die Grundlage der personellen Sicherung des ERAM stellte eine Vereinbarung zwischen dem Kombinat Kernkraftwerke Greifswald, Betriebsteil Endlager und dem Volkspolizeikreisamt Haldensleben vom 1. März 1985 dar. Somit wurden zur Bewachung des Haupteingangs und der inneren Sicherungszone sowie zu Streifentätigkeiten bewaffnete Kräfte der Deutschen Volkspolizei/ Betriebsschutz in der Stärke 1:12 eingesetzt. Der Kontrollpunkt an der mittleren Barriere zur 2. Sicherungszone war mit sechs zivilen Sicherungskräften besetzt.<sup>24</sup>

Auf Befehl des Innenministers und Chefs der Volkspolizei hatte der Einsatz der diensthabenden Kräfte der Abwehr von Angriffen auf Atomanlagen, der Bekämpfung von Bränden, Havarien, Störungen und anderen Gefahren und der Durchsetzung eines strengen Kontrollregimes zu dienen. Dies umfasste die Kontrolle von Betreten und Verlassen des Geländes und den Aufenthalt

dort sowie die Kontrolle aller Fahrzeuge und eine strenge Überwachung des Besucherverkehrs. Der Einsatz der diensthabenden Kräfte hatte auf der Grundlage von mit der zuständigen Dienststelle der Staatssicherheit abzustimmenden Einsatzdokumenten zu erfolgen. Außerdem gab es spezielle Ausbildungen zur Abwehr von Angriffen auf Atomanlagen sowie zur Bekämpfung von Bränden, nuklearen Havarien und anderen Ereignissen mit folgenschweren Auswirkungen.<sup>25</sup>

Gefahrenquellen stellten nach Einschätzung des MfS das unter Tage befindliche Sprengmittellager und das Giftmüll-Lager der Grube Marie dar, über die ein unbemerktes Eindringen möglich gewesen wäre. Verschlussene Türen mit Sicherungsanlagen sollten dieses Problem beseitigen. Bis 1988 waren die konzipierten Sicherungsmaßnahmen bis auf zwei Fernbeobachtungsanlagen realisiert.<sup>26</sup> Damit waren dann alle SAAS-Forderungen für einen wirksamen physischen Schutz im Zusammenhang mit der Sicherung vor terroristischen Anschlägen erfüllt.<sup>27</sup> Der Kreis der Zutrittsberechtigten umfasste 270 Personen, davon hatten vier die Berechtigung zum Betreten des Sprengmittellagers und 100 für die Sicherungszonen 2 und 1.<sup>28</sup>

Regelmäßig fanden Antihavarietrainings und Übungen der Gruben- und betrieblichen Feuerwehr statt. Ihre Einsatzbereitschaft war der KD Haldensleben zufolge jederzeit gesichert. Die Katastrophe im sowjetischen Reaktor Tschernobyl führte zu der Einsicht, dass das System der Umgebungsüberwachung erweitert werden müsse. Bis 1988 wurden im Umkreis von 15 Kilometern um das Endlager 15 Messpunkte zur Überprüfung von Wasser und Biomedien betrieben.<sup>29</sup>

Der Transport stark strahlenden oder hochangereicherten Kernmaterials, wie es im ERAM höchstens im Rahmen der Forschungen im Untertagemessfeld zum Einsatz gekommen sein dürfte (dazu fehlen bisher Unterlagen), erfolgte unter Einsatz von Kräften und Mitteln des Innenministeriums (also Volkspolizei etc.). Bis 1988 gab es dem MfS zufolge bei solchen Transporten durch die DDR keine Vorkommnisse. Die Akten des SAAS dagegen dokumentieren einige solcher *Außergewöhnlichen Ereignisse*.<sup>30</sup>

Zur Sicherung des volkswirtschaftlich bedeutsamen Betriebes ERAM standen der KD Haldensleben der IMS (IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs) „Heinrich Bergmann“, der IMS „Dieter Schmidt“, der GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) „Martin Berg“, das FIM-Netz (Führungs-IM) „Heinz Deparade“ (1 FIM, 3 IMS, 2 GMS) und weitere 5 IMS und 1 GMS zur Verfügung<sup>31</sup>. Verantwortlich für diese Informanten war in der Kreisdienststelle das Referat 3. Die KD schätzte ein, dass diese IM/GMS ausreichend für die Sicherung des ERAM auch bei verstärkten Einlagerungen seien.<sup>32</sup> Um den Einlagerungsbetrieb der toxischen Abfälle in

die Grube Marie abzusichern, wurden u. a. der IMS „Dieter Schmidt“ angeworben und der Kontakt zum GMS „Martin Berg“ wiederaufgenommen.<sup>33</sup>

Allerdings seien die Informationsbeziehungen zwischen der KD Haldensleben, der KD Stendal, der BV Magdeburg, Abteilung XVIII, der Objektdienstleitstelle KKW und der Hauptabteilung XVIII weiter auszubauen. Der Einsatz dieser operativen Kräfte war auf die Einhaltung von Ordnung, Sicherheit und technologischer Disziplin sowie die „Wer ist Wer“-Aufklärung zu Beschäftigten der ersten Leitungsebene, Geheimnisträgern, NSW-SW-Reisekadern, Reisenden in dringenden familiären Angelegenheiten und Beschäftigten im Einlagerungsbereich ausgerichtet.<sup>34</sup>

Doch konnte keine OV/OPK eingeleitet werden;<sup>35</sup> auch wurden keine direkten Feindangriffe gegen das Endlager oder dessen Beschäftigte bekannt. Es gab der KD Haldensleben zufolge in den zurückliegenden Jahren keine Brände, Störungen oder Havarien. In ihrem Verantwortungsbereich seien bis Mitte 1988 auch keine Aktionen bzw. Meinungen oder Stimmungen gegen das ERAM feststellbar gewesen.<sup>36</sup>

Zur vorbeugenden Sicherung der Grube Marie gegen Terror, Gewalt und Demonstrativhandlungen wurde 1987 ein Maßnahmenplan erarbeitet. Ein erhöhtes Sicherheitsrisiko entstand durch den geplanten Einsatz von zusätzlichen 40 bis 60 Arbeitskräften, die die Bauarbeiten im unterirdischen Giftmüll-Zwischenlager beschleunigen sollten. Dies erforderte eine verstärkte Aufmerksamkeit der KD Haldensleben auch im Zusammenhang mit der Grenzsicherung. Damit wurden in erster Linie das HFIM-Netz „Juschik“ und die im Betrieb beschäftigten IM/GMS beauftragt. Festgestellt wurde unabhängig von wiederholten Verstößen gegen die Transportordnung „gefährliche Güter“, dass sich Technologie und eingesetzte Transport-, Umschlag- und Lagerungsmittel bewährt hätten.<sup>37</sup>

Befürchtet wurde im Zusammenhang mit der Anlieferung cyanidhaltiger Härtereialtsalze ein Angriff auf die Staatsgrenze oder die Grenzübergangsstelle Marienborn. Ein mit dem Giftmüll beladenes Fahrzeug könne zu feindlichen Aktivitäten genutzt werden. Daher wurde vorgeschlagen, die Anlieferungen zentral vom VEB Härtol Magdeburg durchführen zu lassen, da dieser der Hauptproduzent dieser Stoffe sei und dadurch eine bessere Kontrolle von Fahrern und Fahrzeugen möglich wäre.<sup>38</sup>

Über die Inoffiziellen Mitarbeiter wurde auch Einfluss auf Betriebsabläufe, die Meinung der Belegschaft und Entscheidungen genommen. So garantierten der FIM „Heinz Deparade“ und der IMS „Heinrich Bergmann“, dass nur Beschäftigte ausreisen durften, die die DDR *würdig vertreten*. Keine Ausreisegenehmigung bekamen Geheimnisträger.<sup>39</sup>

Handwritten: B24520 21.9.88

Morsleben-Archiv: 000789

Handwritten: 1246 3144

Vermutliche Dienstsache				
Nachrichte Bereich	Ud. Nr.	Dt.	Ort	94
SAAS/k	34	84	6	1-3

**Einschätzung des Außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07. 09. 1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS)**

Auf Grund der Meldungen des VEB Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald, Betriebsstellen Endlager für Radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) als verantwortlichen Anwender sowie der vom Staatlichen Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz vor Ort durchgeführten Inspektion ergibt sich zu Ablauf und Konsequenzen des Außergewöhnlichen Ereignisses am 07. 09. 84 folgende Einschätzung aus der Sicht des Kontrollorgans:

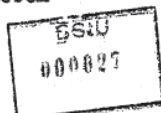
**1. Ablauf des Außergewöhnlichen Ereignisses**

Am 07. 09. 1984 geriet der Motorwagen des Containerfahrzeuges Typ Ialuz 319 des VEB Kraftverkehr Kombinat Magdeburg gegen 7 Uhr auf der Fahrt vom Containerbahnhof Magdeburg-Sudenburg zum VEB KKW "Bruno Leuschner" Greifswald, Betriebsstellen Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben auf der Autobahn Magdeburg - Marienborn am km 93 kurz vor der Einfahrt Bahnhof Börde in Brand. Das Fahrzeug, bestehend aus Motorwagen und Sattelaufleger, hatte einen Großcontainer GC DRPU 27010 mit 2 Primärcontainern PO 55 mit insgesamt 4,8 m<sup>3</sup> niedrigradioaktivem flüssigen radioaktiven Abfällen des KKW Greifswald (Aktivität ca. 10<sup>5</sup> Bq) geladen.

Dem Fahrer gelang es, den LKW auf einer Ausweichspur am rechten Fahrbahnrand abzustellen und über Funktelefon die Feuerwehr zu alarmieren. Das Fahrerhaus und der Vorderreifen brannten vollständig aus. Das Feuer griff nicht auf den Sattelaufleger mit den radioaktiven Stoffen über, u.a. durch die Schutzwirkung einer 2 cm dicken Eisenplatte, die als Strahlenschutzschirmung zwischen Motorwagen und Sattelaufleger angebracht war.

Der Brand wurde von der Feuerwehr gelöscht und von den Sicherheitsorganen untersucht, wobei die Unfallstelle für ca. 4 Stunden für den Verkehr gesperrt war. Durch das Strahlenschutzpersonal des Endlagers, das 8.30 Uhr am Unfallort eintraf, wurde die Unversehrtheit der radioaktiven Ladung festgestellt. Das SAAS wurde telefonisch vom Direktor des Endlagers informiert, mit dem die notwendigen Schritte zur Gewährleistung des Strahlenschutzes abgestimmt wurden. Gegen 17 Uhr lief im SAAS die offizielle Meldung per Fernschreiben ein. In der Folgezeit wurde unter der Leitung des Anwenders der defekte Motorwagen nach Magdeburg transportiert, der Sattelaufleger mit Großcontainer auf einen neuen Motorwagen aufgesetzt und zum Endlager nach Morsleben überführt und dort gegen 15.15 Uhr entladen. Hierbei wurde nochmals der ordnungsgemäße Zustand der Ladung bestätigt.

Abbildung 31: Dokumentation eines Unfalls mit schwachradioaktivem Atommüll beim Straßentransport (Quelle: BArchB, DF 10, Nr. 258)

Z U M S T A N D

der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25. 7. 1985 über die Zwischenlagerung von zvanidhaltigen Härterialsalzen in der Grube "Marie"

1. Stand der politisch-operativen Sicherung

Die politisch-operative Sicherung des VEB KKW "Bruno Leuschner", ERA Morsleben, Betriebsteil Grube "Marie" erfolgt anhand eines durch den Leiter der KD bestätigten Maßnahmenplanes vom 5. 3. 1987.

Durch die Werbung des IMS "Dieter Schmidt", Reg.-Nr. VII 808/87 (Aufgabe aus dem Plan des Leiters) der unmittelbar in der Grube tätig ist sowie die Wiederaufnahme der Verbindung zum GMS "Martin Berg", Reg.-Nr. VII 1905/87 (Archiv-IM der HAI) konnte die operative Basis zur Sicherung der Grube "MARIE" im Jahre 1987 weiter ausgebaut werden. Zur politisch-operativen Sicherung werden z. Zt. das FIM-Netz "Heinz Deparade" in der Stärke 1 : 5 (3IMS/ 2 GMS) sowie weitere 6 IMS und 1 GMS eingesetzt. Durch den IMS "Dieter Schmidt" wird unmittelbarer Einfluß auf die Annahme und Einlagerung der zvanidhaltigen Härterialsalze genommen. Damit wird garantiert, daß die Interessen unseres Organs in diesem operativ-bedeutenden Bereich durchgesetzt werden.

Über den FIM "Heinz Deparade" wurden unsere Interessen im Zusammenhang mit der äußeren Objektsicherung durchgesetzt. Diese Aufgaben wurden von ihm in einer sehr guten Qualität erfüllt. Durch sein Engagement konnte die äußere Objektsicherung mit Beginn der Einlagerung garantiert und sukzessive weiter ausgebaut werden. Positiv dazu beigetragen hat auch die Realisierung der Neuerervereinbarung "Marie", zu der der FIM auch einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Diese Neuerervereinbarung wurde gemeinsam mit der Abteilung XVIII, Referat Brände und Störung realisiert.

Operativvorgänge und operative Ausgangsmaterialien werden im ERA Morsleben nicht bearbeitet, und es wird auch keine operative Personenkontrolle durchgeführt.

Durch die veränderten Reisebestimmungen in dringenden Familienangelegenheiten nimmt auch die besuchsweise Ausreise von Beschäftigten des ERA Morsleben zu. Negative Auswirkungen hatte diese verstärkte Reisetätigkeit bisher noch nicht. Durch den IM in Schlüsselposition "Heinrich Bergmann" und dem FIM "Heinz Deparade" wird hierbei auch weiterhin garantiert, daß nur Bürger reisen, die unsere Republik würdig vertreten.

Informationstätigkeit der Stasi-Netze

Ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Stasi-Aktivitäten bestand aus dem Sammeln von Stimmungen, Meinungen und Hinweisen auf potentiell problematische Aktivitäten. In den Akten stellten die Reaktionen auf die Inbetriebnahme des Atommüll-Lagers und später die ersten Giftmüll-Einlagerungen einen quantitativen Schwerpunkt dar.<sup>40</sup>

Im April 1987 führten die Einlagerungen in Schacht Marie zu immer wieder auftretenden Diskussionen. Offensichtlich erschien die Unruhe in Beendorf und Umgebung der Stasi bedenklich. Doch im Rahmen einer Gemeindevertreterversammlung am 24. April konnten die Bedenken von verantwortlichen Mitarbeitern des Kreises und des VEB Härtol Magdeburg zerstreut werden. Dort wurde vorgetragen, es gäbe keine Gefährdung, Gerüchte wurden entkräftet und konkrete Aussagen zu dem Vorhaben der Einlagerung getroffen.<sup>41</sup>

Als 1981 das ERAM offiziell in Betrieb genommen wurde, gab es eine Welle kritischer Artikel in einigen westlichen Medien. In diesem Zusammenhang hielten die Stasi-Mitarbeiter fest, dass es Hinweise auf Aktivitäten in der BRD gäbe, die sich gegen die Errichtung einer solchen Deponie in unmittelbarer Grenznähe zur BRD wenden. Eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium wurde vermerkt. Ebenso die Untersuchungen der westlichen Seite, die sich mit eventuellen Gefahren und ihrer Abwehr befassten. Seitens der DDR wurde dem Ständigen Vertreter der BRD erklärt, dass alle Sorgen unbegründet seien.<sup>42</sup> Auch hier hatte das MfS Sorgen, diese Stimmung könne auf die eigene Bevölkerung überschwappen.

Ein Spiegel-Artikel in der Ausgabe 32/1987 führte ebenfalls zu eifrigen Aktivitäten der Stasi-Kreisdienststelle Haldensleben. Der IMS „Jens Siebert“ gab eine umfassende Stellungnahme zur wissenschaftlichen und politischen Einordnung des unter dem Titel „Was die da machen, weiß keiner genau“ erschienen Report. Auch die Information von Politbüromitgliedern über diesen Vorgang war beabsichtigt. Aufmerksam wurde das Verhalten der eigenen Bevölkerung beobachtet und festgestellt, dass es bisher keine auffälligen Reaktionen und Stimmungen gäbe. Doch bestehe das Risiko, dass exponierte feindlich-negative Kräfte des Bezirkes mit überregionalen Verbindungen im Rahmen ihrer politischen Untergrundtätigkeit diese Veröffentlichung zur Beeinflussung der Bevölkerung nutzen könnten. Dem IMS „Jens Siebert“ zufolge herrschte im Kollegenkreis Verwunderung darüber, dass es keine offiziellen Reaktionen oder Richtigstellungen zum Spiegelartikel gab.<sup>43</sup>

Die Stasi sah auch die Gefahr, dass bei späteren kritischen Äußerungen zur Giftmüll-Einlagerung in Schacht Marie Bezug auf die IAEA-Empfehlung genommen werden könnte, die sich gegen eine gemeinsame Lagerung von toxi-

Abbildung 32: Die Kreisdienststelle Haldensleben beschreibt hier das von ihr aufgebaute Netzwerk von Inoffiziellen Mitarbeitern zur Sicherung des ERAM (Auszug – Quelle: BStU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25)

MfS 743712  
1.8.81

Reaktionen auf die Inbetriebnahme  
der Deponie Morsleben

Streng vertraulich  
(Mg, 18.50)

- Kopie X 110  
1394

BStU  
000534

Information A/5877 /04/08/81

Im Zusammenhang mit der am 01. 07. 1981 vollzogenen Inbetriebnahme der zum Kernkraftwerk "Bruno Leuschner" gehörenden Deponie in Morsleben im Bezirk Magdeburg wurden zuverlässig Hinweise zu Aktivitäten in der BRD bekannt, die sich gegen die Errichtung einer solchen Deponie in unmittelbarer Grenz-  
nähe zur BRD wenden.

Diesen Aktivitäten liegen angeblich Befürchtungen zugrunde, wonach durch die Ablagerung von radioaktivem Material seitens der DDR eine Verseuchung des Grundwassers im grenznahen Raum des BRD-Landes Niedersachsen sowie des Flusses Aller verursacht werden könnte, in deren Folge eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Stadt Helmstedt nicht auszuschließen sei. Die Bekanntgabe der Inbetriebnahme der radioaktiven Mülldeponie Morsleben löste angeblich unter der niedersächsischen Bevölkerung eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium aus, in denen Maßnahmen zur Abwendung radioaktiver Gefahren gefordert werden.

Das BMI ist federführend mit der Beurteilung möglicher Gefahren und Risiken beauftragt.

Im einzelnen liegen dazu folgende Hinweise vor:

Das Bundesgesundheitsamt hatte bis 31. 07. 1981 im Auftrag des Bundesinnenministeriums ein Gutachten zu eventuellen Gefährdungen und Möglichkeiten zu deren Abwendung zu erstellen. Die Bundesanstalt für Gewässerkunde hatte ebenfalls die Aufgabe, zu diesen Fragen eine Stellungnahme zu erarbeiten. Diese Stellungnahme liegt auch dem Bundesgesundheitsamt vor.

Nach Ansicht des Bundesgesundheitsamtes würden die in der Stellungnahme der Bundesanstalt für Gewässerkunde beschriebenen Färbungsversuche in der Aller nicht alle radioaktiven Risikofaktoren erfassen, da durch diese Versuche nur die oberflächennahen Strömungen betroffen sind.

Vom Bundesgesundheitsamt und von der Bundesanstalt für Gewässerkunde wurde der DDR unterstellt, daß sie nur spärliche Informationen zur Mülldeponie veröffentliche.

Beispielsweise lägen der BRD zur Konditionierung keinerlei Angaben vor. Im Bundesgesundheitsamt wird vermutet, daß sich

Abbildung 33: Berichte in den westlichen Medien hatten Protestwellen ausgelöst. Das MfS befürchtete nun ein Überschwappen auf die eigene Bevölkerung (Auszug – Quelle: BStU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534)

schen und radioaktiven Abfällen richtet.<sup>44</sup> An anderer Stelle nämlich begründete der Präsident des SAAS Sitzlack – also der atomrechtlich verantwortlichen Behörde – die angeblich hohen Sicherheitsstandards mit der Einhaltung von IAEA-Empfehlungen.

Berichtet wird hier auch von Komplexinspektionen der Behörden im ERAM, so z. B. am 16. Mai 1985. Diese Überprüfung war eine Voraussetzung zur Verlängerung der Dauerbetriebsgenehmigung. Als Ergebnisse werden beispielsweise vier bekannte Tropfstellen erwähnt und Probleme durch Schlammereien bei der Probenaufbereitung im Labor benannt. Trotzdem habe diese Inspektion den sicheren Betrieb bestätigt.<sup>45</sup> Einen großen Anteil der Informationsbeschaffung der Einheiten der Staatssicherheit machte die Sammlung solcher Behördendokumente aus. Diese wurden mit den Aussagen der eigenen Informanten verglichen und Schlussfolgerungen für die politische oder operative Arbeit der Stasi gezogen.

#### Verselbständigung der Stasi-Aktivitäten

Aus den Akten geht hervor, dass es durchaus auch um die Durchsetzung der Interessen des MfS ging, die Aktivitäten der Stasi also auch Selbstzweck waren. In einer Auswertung der Kontrolle der Situation in Bezug auf die Giftmüll-einlagerungen heißt es beispielsweise, dass hiermit *garantiert* [wird], daß die *Interessen unseres Organs in diesem operativ-bedeutsamen Bereich durchgesetzt* werden. Auch wird dem FIM „Heinz Deparade“ angerechnet, wesentlich die Durchsetzung *unserer Interessen* ermöglicht zu haben.<sup>46</sup> An anderer Stelle wird intern ein aggressives Auftreten im Konflikt um die Beschleunigung der Einlagerung toxischer Abfälle in Marie attestiert.<sup>47</sup>

#### Quellen:

- 1 bspw. wurde 1978 IM „Herbert Müller“ für eine Operative Personenkontrolle einer Person, die im Verdacht stand, die DDR *ungesetzlich verlassen* zu wollen, angeworben
- 2 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108; Rededispotion für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22–32, MorsArch 001105
- 3 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108; MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann

Abteilung XVIII

Stellvertreter

Magdeburg, 24.2.1988

BStU

000058

Standpunkt

zur Problemlösung am 26.2.1988 beim Stellvertreter

Operativ über Anlieferprobleme VEB ERA Morsleben

(Bericht der KD Haldensleben)

1. Grundsatz

Sicherheitspolitische Forderungen der KD Haldensleben sind durchzusetzen, und die Lösung hat durch die staatlichen Organe und beteiligten Kombinate zu erfolgen.

2. Seite 2

Durch Protokoll WRB vom 23.2.1988 und Information des Gen. [REDACTED], vom 22.2.1988 ist Sachlage verändert. Auslagerung Lager Beendorf hat begonnen. Prozeß läuft. Operative Kontrolle durch SB ist gewährleistet.

Anlage: - Informationen des [REDACTED]  
- Protokoll des [REDACTED]

3. Information des IMS "Dieter Schmidt"

1. Stellungnahme der KD Magdeburg ist aggressiv und nicht im Sinne des o.a. Grundsatzes konstruktiv. Verantwortung der KD Magdeburg für die politisch-operative Sicherung des Kombines Härter bedeutet, die Probleme der KD Haldensleben aus politisch-operativer Sicht zu beachten und an der Lösung mitzuarbeiten.

2. Seite 2 (Stellungnahme der KD Magdeburg) zeigt eindeutig positive Maßnahmen zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit in den Aussagen der Punkte 1 - 4. In Verbindung mit den Aussagen des [REDACTED], des WRB gegenüber dem Gen. Ltn. Werner ist die generelle Zwischenschaltung Härter bei Großanlieferungen falsch. Bei Kleinanlieferungen gilt die Aussage Seite 2/Pkt. 4. Diese Aussage ist operativ zu kontrollieren durch KD Magdeburg.

3. Ein möglicher Anschlag auf die Staatsgrenze ist m.E. nicht aus dem Transportgut abzuleiten, sondern aus den zum Einsatz kommenden Fahrern und der Fahrzeugtype. Dazu muß die KD Magdeburg über die jeweiligen KD Einfluß nehmen, daß nur überprüfte Personen als Fahrer zum Einsatz kommen. Anlehnung an Pkt. 2 - Seite 2.

Morsleben-Archiv

000686

Abbildung 34: Positionen der KD Haldensleben zur Giftmülldeponierung im Schacht Marie (Quelle: BStU, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 1014, Bl. 58)

- Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25-37, MorsArch 000704; BStU, MfS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearterrorismus, 21.05.1987, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104; Rededisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105
- 4 BStU, MfS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearterrorismus, 21.05.1987, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104
- 5 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21-24, MorsArch 001116
- 6 Rededisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105
- 7 BStU, MfS, HA XVIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108
- 8 Rededisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105
- 9 ebd.
- 10 ebd.
- 11 SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103
- 12 BStU, MfS, HA XVIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108; SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103
- 13 BStU, MfS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearterrorismus, 21.05.1987, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104; Rededisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105
- 14 SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103
- 15 BStU, MfS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearterrorismus, 21.05.1987, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104
- 16 ebd.
- 17 BStU, MfS, HA XVIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108; Rededisposition für den Vortrag

- des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22–32, MorsArch 001105
- 18 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 19 ebd.
- 20 BStU, MfS, HA XVIII: Protokoll der Leitungssitzung vom 18.11.1985. Thema: Stand und Ergebnisse der pol.-op. Arbeit im Verantwortungsbereich der HA XVIII/3, 20.11.1985, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 6395, Bl. 92–96, MorsArch 000119
- 21 ebd.
- 22 ebd.
- 23 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 24 ebd.; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 25 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 26 ebd.; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 27 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 28 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 29 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 30 BStU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BStU, Zentralarchiv, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108; SAAS: Einschätzung des Außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07.09.1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS), 10.09.1984, BArchB DF 10 Nr. 258, MorsArch 000789

- 31 (leicht variierende Angaben in [MorsArch 001116] und [MorsArch 000704])
- 32 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 33 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704
- 34 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 35 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 36 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 37 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704
- 38 ebd.
- 39 ebd.
- 40 Bericht eines Hauptmanns des MfS der Kreisdirektion Haldensleben vom 25.06.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111; MfS, HA XVIII: Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morsleben. Information A/5877 /04/08/81, (vermutlich) 04.08.1981, BStU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534–536, MorsArch 000120
- 41 Bericht eines Hauptmanns des MfS der Kreisdirektion Haldensleben vom 25.06.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111
- 42 BStU, MfS, HA XVIII: Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morsleben. Information A/5877 /04/08/81, (vermutlich) 04.08.1981, BStU, Zentralarchiv, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534–536, MorsArch 000120

---

43 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, HA XVIII, 1. Stellv. des Leiters: Schreiben an Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XVIII, Magdeburg mit Schreiben vom 04.11.1987 von der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg, Auswertungs- und Kontrollgruppe an Ministerium für Staatssicherheit, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe mit Tonbandabschrift der KD Haldensleben vom 15.10.1987 Quelle: IMS „Jens Siebert“ ang.: Olt. Köhler am 7.9.1987: „Bemerkungen zum Spiegelartikel Nr. 2/1987“, 12.11.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 68–73, MorsArch 001112

44 ebd.

45 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, HA XVIII/3: Schreiben an Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, KD Haldensleben: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, 16.10.1985, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 189–191, MorsArch 001113

46 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereisalzsalzen in der Grube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift. Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Böttcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704

47 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Stellvertreter: Standpunkt zur Problembearbeitung am 26.2.1988 beim Stellvertreter Operativ über Ablieferprobleme VEB ERA Morsleben (Bericht der KD Haldensleben) / Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg: Festlegungsprotokoll der 2. Kontrollberatung zur Durchsetzung der Konzeption zur schrittweisen Beräumung des Härtereisalzlagers Beendorf (23.02.1988), 24.02.1988, BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 58–61, MorsArch 000686

#### 4.11. Gamma-Strahler an der innerdeutschen Grenze

von Juliane Furkert

Am 24. April 1978 begann nur einen Katzensprung von Morsleben entfernt die Erprobung eines weiteren Projektes mit ionisierender Strahlung. Unter dem Decknamen „Technik V“ wollte man an der Grenzübergangsstelle Marienborn/Helmstedt mit Hilfe der sogenannten Gammakanonen *staatsfeindlichen Menschenhandel und den Missbrauch des Transitabkommens zwischen DDR und BRD bekämpfen*, also Republikflucht gänzlich unmöglich machen.

Da das Transitabkommen vorsah, dass eine Kontrolle von Fahrzeugen nur bei *begründetem Verdacht* erfolgen dürfe, wurde seitens der DDR-Behörden nach Methoden gesucht, um im Einzelfall zu entsprechenden Erkenntnissen zu kommen, wobei insbesondere *illegale* Grenzübertritte festgestellt werden sollten.

Die Tests verliefen erfolgreich, die Methode wurde verfeinert, und ab 1980 wurde sie in Marienborn zur Routine. In den darauffolgenden Jahren wurden

auch andere Grenzübergangsstellen an der innerdeutschen Grenze ausgerüstet. Bekannt sind z. B. Drewitz/Dreilinden (ab 1980), Staaken (1980–87), Zarrentin (seit 1984), Stolpe (ab 1987) und Hirschberg (seit 1988). Von den innerstädtischen Grenzübergängen in Berlin war vermutlich nur Checkpoint Charly mit der neuen Technik ausgestattet.<sup>1</sup>

#### Funktion und Betrieb der Anlagen

An den Grenzübergangsstellen war eine Fahrspur mit Strahleneinrichtung für die Kontrolle von Pkw und eine weitere, mit Ausnahme von Drewitz, für die Kontrolle von Lkw ausgerüstet. In den Jahren 1988/89 wurden noch einige Strahler für weitere Fahrspuren beschafft, aber vermutlich nicht mehr montiert.<sup>2</sup>

Noch bevor die ahnungslos durchleuchteten Ausreisenden beispielsweise in den eigentlichen Kontrollbereich der Grenzübergangsstelle Marienborn kamen<sup>3</sup>, war ihre heikle Fracht schon bekannt. Die Menschen fuhren unter einer Art Lichtschranke hindurch, wobei anstelle von sichtbarem Licht harte Gammastrahlung verwendet wurde.<sup>4</sup>

Auf der Beschauerbrücke hielten sich keine Personen auf. Durch einen Mitarbeiter des MfS, der die Fahrzeugpassage von einem seitlich der Fahrbahn liegenden Dienstgebäude aus beobachten konnte, wurde bei der Einfahrt der Fahrzeuge in den Strahlenbereich per Knopfdruck der Strahlengang geöffnet.<sup>5</sup>

Die Öffnungszeit war aufgrund der unterschiedlichen Fahrgeschwindigkeiten auf Werte zwischen 8 und 25 Sekunden programmiert. Die längeren Zeiten wurden hierbei für die Lkw-Kontrolle verwendet. Außerdem gab es eine Zeitbegrenzerschaltung, welche sicherte, dass nach 3 Minuten der Strahlengang geschlossen wurde.<sup>6</sup>

Die Pkw bzw. Lkw mussten im Schrittempo unter der Beschauerbrücke entlang fahren, welche auf zwei Brückenholmen links und rechts der Fahrbahn lagernd, die gesamte Fahrbahn überspannte. Dabei wurden sie schibenweise durchleuchtet und erschienen als komplettes zusammengesetztes Bild, ähnlich einem Negativ, auf dem Bildschirm des Diensthabenden. Die Verfahrensweise hing entscheidend von der Qualifizierung des bedienenden und auswertenden „Genossen“ ab. Dieser gab per Funk oder Fernmeldesprecher dann Verdachtsmomente weiter, so dass die betroffenen Autos einer besonders gründlichen Untersuchung unterzogen wurden. Der „begründete Verdacht“ war laut Transitabkommen für die Kontrolle eines Fahrzeuges notwendig.<sup>7</sup>

In der Regel wurden alle Transitreisenden durchleuchtet. Ausnahmen machte man bei sehr starkem Reiseverkehr (z. B. Feiertage, Urlaubs- bzw. Ferien-

---

zeit). Die Kontrolldichte hing u. a. auch von technischen Parametern und dem Ausbildungsstand des Bedieners der Kontrolltechnik ab.<sup>8</sup>

Die Kontrolltechnik wurde durchgängig im Schichtdienst betrieben, mit je zwei Mitarbeitern der jeweiligen territorial zuständigen Bezirksverwaltungen des MfS. Darüber hinaus gehörte zu jedem Grenzübergang ein OPS-Techniker (Abteilung operative Sicherung). Der so genannte „Stützpunkt“ war nur für OPS und ausgewähltes Führungspersonal zugänglich. Andere Angehörige der Passkontrolle hatten weder Zutritt zu diesem Bereich, noch konkrete Kenntnis über ihn.<sup>9</sup>

Zu jeder Strahleneinrichtung gehörten im Wesentlichen eine Strahlereinheit sowie ein Detektorsystem mit Bildschirmanzeige. Die Strahlereinheit bestand aus einem ca. 50 kg schweren, kugelförmigen Bleicontainer, in dem sich der Strahlerhalter mit eingebauter Cäsium-137-Strahlenquelle, der sogenannten „Pille“, befand sowie dem Blendensystem, dem Strahlerverschluss und der Steuerelektronik. Die umschlossene Strahlenquelle (Typ GCS 7.021) wurde von der Sowjetunion hergestellt.

#### Widersprüchliche Angaben zum Einsatz der Strahlenquellen

Es gibt Widersprüche in Angaben zur Anzahl der eingesetzten Kontrollgeräte. Aufgrund einer Aufstellung der Bundeswehr, Dienststelle Storkow (früher NVA, dort war die ehemalige Gruppe „Anwendung ionisierender Strahlung“ untergebracht), ist nachweisbar, dass 17 radioaktive Quellen durch einen Mitarbeiter des damaligen Amtes für Nationale Sicherheit (Nachfolger des MfS), welcher als Strahlenschutzbeauftragter im OTS (Operativ-Technischer Sektor des MfS) beschäftigt war, übergeben worden sind. Die Quellen waren dem Mitarbeiter 1989 zur Verwahrung übergeben worden. Registriert waren die Quellen im Januar 1981 und im Jahr 1985.

Nach der Vereinigung sind die Quellen in den Besitz des Bundesministerium für Verteidigung übergegangen und im Dezember 1994 zur Wiederverwertung abgegeben worden. 10 dieser Quellen hatten laut Zertifikaten und einer Aufstellung der Bundeswehr, Dienststelle Storkow, eine Aktivität zwischen 60 und 65 GBq für die Pkw-Kontrolle. 7 Quellen waren zwischen 117 und 122 anzusiedeln (Lkw), wobei die Höhe dieser Werte durch Nachkontrollen nicht bestätigt werden konnte und von geringeren Werten ausgegangen wird. Der Bericht des Sonderbeauftragten der Bundesregierung sprach hingegen von nur 10 oder 12 eingesetzten Strahlenquellen. Das ist wohl damit zu erklären, dass etliche Quellen in den letzten Jahren der DDR zwar noch beschafft, aber nicht mehr eingesetzt wurden.<sup>10</sup>

---

#### Strahlenbelastung

In Versuchen mit Hunden hatte man vor dem Einsatz in Marienborn in Gebäuden der damaligen Zollverwaltung Magdeburg in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule die Technik und die Auswirkungen verschiedener Strahledosen erprobt. Viele Tiere mussten eingeschläfert werden. Die Ergebnisse dieser Versuche wurden später einbezogen, als man die Dosen für die Durchleuchtung festlegte.<sup>11</sup>

Die Gammastrahlung musste relativ hart sein, um Karosserie und Bodenbleche durchdringen zu können. Übliche Röntgeneinrichtungen waren nicht geeignet. Auch durfte die Strahlung nicht zu hart sein, damit man kleinere Detektoren bei hohem Wirkungsgrad verwenden konnte. Man entschied sich für Cäsium-137.

Man musste aufpassen, dass die Dosis für die Erzeugung einer nachweisbaren Schwärzung von Filmmaterialien, welche bei 0,1 mGy liegt, nicht überschritten wurde, da ja kein Verdacht bei den Durchstrahlten aufkommen sollte. Nach Aussagen eines MfS-Mitarbeiters führten selbst 3.000 Passagen nicht zu einer nachweisbaren Schwärzung von Filmmaterial, welches wohl unmittelbar neben dem Primärstrahlenfeld positioniert war. Daraus wird in einem Bericht vom 30.04.1991<sup>12</sup> abgeleitet, dass auch Personen, welche sich im Streustrahlenfeld aufhielten, keiner nennenswerten Strahlung ausgesetzt waren. Zur Kontrolle und Überwachung der Strahlenstärke waren wohl regelmäßige Messungen und die Registrierung der Messwerte festgelegt. Am 22.04.1985 wurden z. B. in Marienborn auch 22 Dosimeter an bestimmte Mitarbeiter, zur Messung ihrer eigenen Strahlenexposition übergeben.<sup>13</sup>

Die Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen ist sehr schwierig. Man geht im Strahlenschutz davon aus, dass es keinen Schwellenwert für ionisierende Strahlung gibt, d. h. jede noch so kleine Dosis kann einen negativen Effekt erzeugen. Dennoch kann man sagen, dass die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland etwa 2,4 mSv (das 100fache) beträgt, wobei es innerhalb des Landes erhebliche Differenzen gibt. Als natürliche Strahlenexposition bezeichnet man u. a. die durch natürlich im Boden vorkommende radioaktive Stoffe verursachte terrestrische Strahlung und kosmische Strahlung, die vom Weltraum auf die Erde trifft. Sie ist abhängig von der Aufenthaltshöhe und der geologischen Beschaffenheit des Untergrunds.

Ob in einzelnen Fällen ein Schaden eingetreten sein könnte, bleibt Spekulation. Sicher ist hierbei von Bedeutung ob gerade z. B. eine Eireifung stattfand oder die Exposition in Kombination mit anderen Noxen wirkte. Schäden wie

Leukämie würden in erfahrungsgemäß meist erst nach 7–10 Jahren, andere Krebschäden noch später (15–20 Jahre) eintreten.<sup>14</sup>

Der Abbau der Strahleneinrichtungen erfolgte teilweise schon einige Wochen vor der Grenzöffnung. Die letzte Demontage fand am 9. November 1989 kurz vor der Grenzöffnung statt.<sup>15</sup>

#### Quellen:

- 1 Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140; Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahlenkontrollen an den seinerzeitigen Grenzübergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 –, 13.08.1992, MorsArch 001131; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, RS II 3 – 15209/15: Erläuterung zur Stellungnahme der Strahlenschutzkommission „Strahlenrisiko durch ehemalige DDR-Grenzkontrollen mittels Cs 137-Strahlung“ vom 17.02.1995 unter Einbeziehung weiterer technischer Einzelheiten, 24.01.1996, MorsArch 001134
- 2 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahlenkontrollen an den seinerzeitigen Grenzübergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 –, 13.08.1992, MorsArch 001131; Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140
- 3 Luftbilder der Grenzübergangsstelle (GÜST) Marienborn mit Gamma-Kanone, MorsArch 001129
- 4 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahlenkontrollen an den seinerzeitigen Grenzübergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 –, 13.08.1992, MorsArch 001131
- 5 ebd.
- 6 Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzübergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

- 7 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahlenkontrollen an den seinerzeitigen Grenzübergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 –, 13.08.1992, MorsArch 001131
- 8 ebd.; Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzübergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140
- 9 ebd.
- 10 ebd.; Institut für Oberflächenmodifizierung e. V.: Schreiben an Regierungspräsidium Magdeburg des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Scherrieble: „Gamma - Kanone“: Ihr Schreiben vom 13. März 1997, 20.03.1997, MorsArch 001141; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, RS II 3 – 15209/15: Erläuterung zur Stellungnahme der Strahlenschutzkommission „Strahlenrisiko durch ehemalige DDR-Grenzkontrollen mittels Cs 137-Strahlung“ vom 17.02.1995 unter Einbeziehung weiterer technischer Einzelheiten, 24.01.1996, MorsArch 001134
- 11 Volksstimme: Geheimdokumente belegen Einsatz von Strahlenkanonen in Marienborn, MorsArch 001157
- 12 Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140
- 13 ebd.; Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzübergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Universität Magdeburg, Fakultät für Medizin: Grundlagen des röntgendiagnostischen Strahlenschutzes. – Dosimetrie, RöV –, MorsArch 001182
- 14 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahlenkontrollen an den seinerzeitigen Grenzübergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 –, 13.08.1992, MorsArch 001131; (Neue) Schätzungen zur Wirkung niedriger Strahldosen. A) Cancerogene Effekte, MorsArch 001183
- 15 Dr. Anger: Vermerk. Betr.: Abschätzung der Strahlenexposition von Transitreisenden bei der Passage von Grenzübergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personenkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

## 5. Ausblick

### Gefahrenabwehr im ERAM

Maßnahmen zum Schutz vor Deckeneinstürzen gab es in größerer Zahl im ERAM. Dies geschah nicht immer erst, wenn eine akute Gefahr bestand. Zum Teil sah bereits die Dauerbetriebsgenehmigung die Verfüllung von Resthohlräumen vor, wenn eine Einlagerungskammer mit dem vorgesehenen Atommüllvolumen versehen worden war. Einige Verfüllungen sind jedoch auch zur Gefahrenabwehr wegen instabiler Hohlräume dokumentiert.

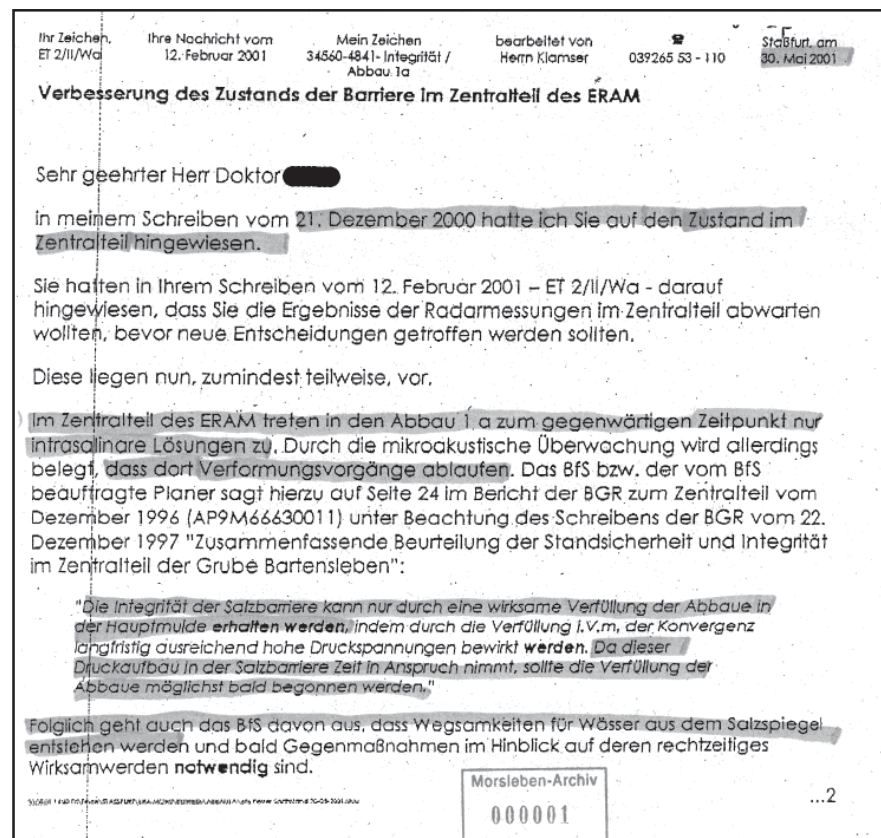


Abbildung 35: Risse und Wasserwegsamkeiten im Zentralteil führten zu einer Neubewertung der Sicherheitseinschätzung und zu einer noch bis 2009 laufenden Gefahrenabwehr-Maßnahme. (Quelle: MorsArch 000001)

In den letzten Jahren sind die bekanntesten Maßnahmen die Verfüllung von zwei mit radioaktiven Abfällen gefüllten Hohlräumen im Südfeld des Bergwerks<sup>1</sup> und die Versatzmaßnahmen im Zentralteil zur Stabilisierung des ERAM gewesen.<sup>2</sup> Meinungsverschiedenheiten herrschen vor allem bei letzterer Maßnahme darüber vor, ob es sich tatsächlich um eine akute Gefahr handelte und ob mit dem Einbringen hunderttausender Kubikmeter Salzbeton die Entscheidung über das Stilllegungskonzept vorweggenommen wird.<sup>3</sup>

### Stilllegungskonzepte

Kaum jemand bestreitet heute noch ernsthaft, dass kontaminiertes Wasser aus dem ERAM an die Oberfläche gelangen kann. Es ist vielmehr eine Frage der Zeit. Daher ist das wesentliche Ziel, das ein Stilllegungskonzept erfüllen muss, den Zeitraum, bis radioaktive Stoffe mit der Biosphäre in Berührung kommen so weit zu verlängern, dass gewisse Grenzwerte eingehalten werden.<sup>4</sup>

AtomkraftgegnerInnen kritisieren, dass die Erfüllung von Grenzwerten keine Sicherheit bedeutet. Vielmehr seien Grenzwerte lediglich die Schwellen, bis zu denen die Politik der Bevölkerung eine Schädigung zumuten will. Es handle sich um einen Kompromiss aus ökonomischen und politischen Überlegungen. Es genüge daher nicht, einfach nur die Grenzwerte einzuhalten.

Zur Stilllegung des ERAM gibt es momentan sechs grundlegende Ansätze<sup>5</sup>:

- Stehen- und Absaufenlassen (diskutiert, aber ausgeschlossen)
- Flutung mit Salzlösung (DDR-Konzept)<sup>6</sup>
- Kapselung im nahen Umfeld der Einlagerungsbereiche<sup>7</sup>
- Porenspeicherkonzept<sup>8</sup>
- Verfüllung und Abdichtung im weiteren Umfeld sowie vollständige Verfüllung (aktuelles Konzept)<sup>9</sup>
- Rückholung des Atommülls (wird vom BfS nicht untersucht)

Das Ziel des aktuellen Stilllegungskonzepts ist es Lösungszutritte zu verhindern, die gebirgsmechanische Stabilität zu erhöhen und Umlösungsprozesse auszuschließen. Dazu sollen die Einlagerungsbereiche hydraulisch gegenüber dem Rest der Grube durch Abdichtungen aus Salzbeton abgetrennt werden und eine weitgehende Verfüllung vorgenommen werden.<sup>10</sup>

### Planfeststellungsverfahren

Antragsteller in diesem Verfahren ist das BfS, dessen Aufsichtsbehörde das BMU ist. Die Genehmigung erteilt das Umweltministerium Sachsen-Anhalt. Diesem gegenüber hat das BMU wiederum Weisungsrecht, was von verschiede-

Quelle: Morslebens 000664  
 Inventarisiert 13.1.87  
 2. April 1987  
 E1033/Inf.B

VE Kombinat KKW "Bruno Leuschner"  
 BT Endlager f. radioaktive Abfälle

Protokoll

Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Bartsleben

Zeit: 17.10.1986  
 Ort: Dresden  
 Teilnehmer: Koll. Dr. Schwandt - VEB K Kali,  
 Koll. Dr. Mosler - DB Forschung  
 Kolln. M. Petschel - BI Freiberg  
 Koll. H. Ziegert - KKW/FAW  
 ERA/ZF

Morsleben-Archiv  
 000664

Gegenstand der Beratung waren Probleme der Langzeitstabilität der Grube Bartsleben, mögliche Verwahrungsmaßnahmen sowie Fragen einer möglichen Radionuklidmigration in der Grube. Als Vorlage zur Beratung dienten die Diskussionsgrundlage für die Expertenbefragung zur Langzeitstabilität der Grube Bartsleben (VD KKW-Z 94/86) sowie der Protokollentwurf der Beratung zum selbigen Thema vom 11.09.86 (VD KKW-Z 117/86).

Folgende Aussagen wurden getroffen:

1. Zur Verwahrung:

Als praktikable Verwahrungsart der Grube Bartsleben wird die gezielte Flutung angesehen. Die Verwahrungskonzeption ist auf einer präzisierten Szenarienanalyse und Expertenaussage zu erstellen. Je nach den spezifischen Verhältnissen in der Grube ist eine Steuerung des Flutungsvorganges durch Hilfsdämme u.ä. möglich. Die Flutung selbst ist ein außerordentlich komplizierter Vorgang, in dem verschiedene Effekte wie Umlösungen, Gasfreisetzungen u.ä. Berücksichtigung finden müssen. Im Ergebnis der Flutung entsteht eine Dichteschichtung der Lauge, die sehr stabil ist und sich praktisch unter normalen geologischen Bedingungen (geothermisches Feld) nicht vermischt. Diese Aussage wird belegt durch Untersuchungen in gefluteten Schachtröhren sowie an Salzlösungen in Grubenfeldern und Ablaugungsflächen. Hier sind stabile Laugenschichtungen teilweise in geologischen Zeiträumen nachgewiesen worden. Ebenso zeigen Satellitenaufnahmen von NaCl-Abwässern bei der Herstellung von Gaskavernen in der Nordsee, daß diese sich mit dem umgebenen Meerwasser nur schwer mischen. Die Diffusion und Konvektion der Lauge durch das natürliche geothermische Feld hat praktisch keinen Einfluß auf die Laugenschichtung.

2. Zur Radionuklidmigration:

Der Angriff der Lauge an den EDR-BFA-Monolithen wird gering sein, ebenso auf Abfällen in Einlagerungsbereiche, die separat liegen und abriegelbar sind (Nordfeld, Ostfeld). Die Radionuklidmigration kann in signifikantem Umfang nur in Folge einer An- oder Durchströmung der Einlagerungsbereiche mit Lauge erfolgen. Ursachen für eine solche Strömung sind

Abbildung 36: Das Problem der Langzeitsicherheit des Endlagers war frühzeitig klar. Das hier vorgestellte Konzept der Betreiber sieht die Flutung der Anlage mit einer Salzlösung vor. (Quelle: MorsArchiv 000664)

denen Seiten in der Vergangenheit kritisiert wurde. Denn im Extremfall kann das BMU die Genehmigung des eigenen Antrags anweisen.

Weitere Beteiligte sind die eingeschalteten GutachterInnen, Verbände, Institutionen, betroffene Behörden und die Öffentlichkeit im Allgemeinen, die Einwendungen und teils Klagen erheben kann. Nach der Einreichung der Planunterlagen und Prüfung auf Vollständigkeit werden diese für einen begrenzten Zeitraum öffentlich ausgelegt. Einige Wochen lang besteht für die Bevölkerung die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Plan zu erheben. Daraufhin bereitet die Genehmigungsbehörde den Erörterungstermin vor, den die BürgerInnen zur Begründung ihrer Einwände nutzen können.<sup>11</sup> Im Anschluss entscheidet das Umweltministerium über den Antrag. Dabei haben die Einwendungen keine zwingende Konsequenz für den Planfeststellungsbeschluss. Gegen ihn kann unter gewissen Umständen geklagt werden. Solche Klagen haben in der Praxis meist nur bei Verfahrensfehlern Erfolg.<sup>12</sup>

Das Bundesamt für Strahlenschutz stellte am 13. Oktober 1992 den Antrag für einen Planfeststellungsbeschluss zum Weiterbetrieb über das Jahr 2000 hinaus<sup>13</sup> und zur anschließenden Stilllegung. Am 9. Mai 1997 reduzierte die Behörde den Antrag auf die Stilllegung.<sup>14</sup> Im selben Jahr fand der Scopingtermin zur Klärung des für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendigen Untersuchungsrahmens statt.<sup>15</sup>

Ursprünglich war das Jahr 2000 als Termin für den Planfeststellungsbeschluss geplant; mittlerweile wird 2009 angestrebt. Allerdings verschiebt sich dieser Termin immer wieder. Dem im März 2004 vorgestellten Stilllegungsfahrplan des BfS zufolge sollte 2008<sup>16</sup> und 2009 die Umrüstung des ERAM für den Stilllegungsbetrieb und daran anschließend bis 2024 die Verfüllung und Verschließung erfolgen.<sup>17</sup>

### Kostenaspekte

Ursprünglich wurde Morsleben als ökonomischste Variante für die Endlagerung des DDR-Atom Mülls ausgewählt. Durch die Sicherheitsprobleme im ERAM hat sich der Standort als Kostenfalle entpuppt. Heute schätzt das BfS allein für die Stilllegung etwa 2 Mrd. EUR ausgeben zu müssen. Bis Anfang 2004 verursachte der Betrieb des ERAM dem Bund 572 Mio. EUR Kosten; im gleichen Zeitraum erwirtschaftete das Endlager lediglich 153 Mio. EUR für die Annahme von Atom Müll. Darin eingerechnet sind noch nicht die Ausgaben vor der Vereinigung 1990. Allein die Verfüllung des Zentralteils, die derzeit offiziell als Maßnahme der Gefahrenabwehr durchgeführt wird, kostet ca. 100 Mio. EUR.<sup>18</sup>

---

### Langzeitsicherheit

Es handelt sich bei dem Begriff der Langzeitsicherheit um den Zeitraum, für den bewiesen werden muss, dass die festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. In den 1990er Jahren wurde von offizieller Seite die Ansicht vertreten, der Nachweis, dass für 10.000 Jahre keine Gefährdung der Bevölkerung durch den Atommüll ausgeht, würde genügen.<sup>19</sup> Heute beträgt der betrachtete Zeitraum 1.000.000 Jahre. Das ist gleichzeitig der maximale Zeitraum, für den belastbare geowissenschaftliche Prognosen getroffen werden können. Zu beachten ist beim Problem des Langzeitsicherheitsnachweises, dass in Morsleben Teile des Inventars über einen wesentlich größeren Zeitraum radioaktive Strahlung aussenden.

### Verzögerungen

Der Vorwurf, das BfS fahre eine Verzögerungstaktik, wird seit Jahren von verschiedenen Seiten geäußert. Auch der heutige Präsident des Bundesamts Wolfram König kritisierte noch als Umwelt-Staatssekretär Sachsen-Anhalts, der Bund würde das Stilllegungsverfahren verschleppen und die notwendigen Unterlagen nicht zügig einreichen. Dieser Vorwurf<sup>20</sup> ist auch in heutiger Zeit noch aus dem Umweltministerium und von atomkraftkritischen Initiativen zu hören.<sup>21</sup>

In Zeitungsartikeln der vergangenen Jahre ist dokumentiert, dass das BfS mehrfach Zusagen für einen Termin der Planeinreichung traf, diesen dann aber immer wieder um ein bis zwei Jahre verschob. Im März 2004 wurde Juli 2004 als solcher Zeitpunkt benannt, dann aber Aussagen aus dem Umweltministerium zufolge um mindestens ein halbes Jahr verlängert. Im Januar 2005 wurde bekannt, dass die Aktenübergabe durch das BfS nochmals um mindestens ein Jahr verschoben wurde.<sup>22</sup>

### Forderungen

Verschiedene Umweltgruppen, u. a. aus dem Morsleben-Netzwerk, haben sich in den letzten Monaten mit Forderungen bezüglich des Stilllegungsverfahrens an die Öffentlichkeit gewandt:

- die Stilllegungskonzepte sollen öffentlich intensiv diskutiert werden
  - die Öffentlichkeit sei frühzeitig (nicht erst mit der Planauslegung) über Details zu informieren (dazu zählen die Forderung nach Zwischenstandsberichten und der zeitnahen Veröffentlichung von Gutachten durch das BfS)
  - Mitbestimmungsrechte für die betroffene Bevölkerung
- 

- die zügige Erarbeitung und Veröffentlichung des angestrebten Stilllegungskonzepts und des Langzeitsicherheitsnachweises
- keine Verzögerungstaktik und keine Tatsachen unter Umgehen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu schaffen

### Quellen:

- 1 Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Schreiben an Bergamt Staßfurt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). hier: Sonderbetriebsplan „Schachanlage Bartensleben: Verfüllmaßnahmen im Südfeld“ (DBE M2200), 14.11.2000, MorsArch 000615
  - 2 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Einladung zur Pressekonferenz des BfS: „Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Einlagerungskammern im Südfeld des ERAM mit Salzgrus abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Bundesamt für Strahlenschutz: Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr, <http://www.bfs.de/presse/aktuell/txt0305.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650; (vermutlich) DBE: ERAM Verfüllung ausgewählter Grubenbereiche im Zentralteil zur Gefahrenabwehr, 2003, MorsArch 000652; Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM), [http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben\\_artikel.html/printversion](http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion), 25.09.2003, MorsArch 000662; Volksstimme Magdeburg: Verfüllung von Stollen. Sicherungsarbeit in Morsleben, 20.03.2003, MorsArch 000820
  - 3 BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Bundesamt für Strahlenschutz: Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr, <http://www.bfs.de/presse/aktuell/txt0305.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650
  - 4 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Kögler/DBE bei Morsleben-Befahrung vom 30.08.2004
  - 5 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
  - 6 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“, BT Endlager f. radioaktive Abfälle: Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Bartensleben vom 17.10.1986, 30.03.1987, MorsArch 000664; VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“, BT Endlager f. radioaktive Abfälle: Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Bartensleben vom 11.09.1986, 04.12.1986, MorsArch 000665
  - 7 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
  - 8 ebd.
  - 9 ebd.
  - 10 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
  - 11 Bundesamt für Strahlenschutz: Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr, <http://www.bfs.de/presse/aktuell/txt0305.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650
-

- 
- 12 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
  - 13 Bundesamt für Strahlenschutz: Broschüre: „Endlager für radioaktive Abfälle: Morsleben“, 1993, MorsArch 000072
  - 14 Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM), [http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben\\_artikel.html/printversion](http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion), 25.09.2003, MorsArch 000662; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: BfS beschränkt Morsleben-Antrag auf Stilllegung, 09.05.1997, MorsArch 000513; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager Morsleben: Verfüllung des Südfeldes beginnt. Bundesumweltminister Trittin und BfS-Präsident König vor Ort, 17.11.2000, MorsArch 000514
  - 15 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr, <http://www.bfs.de/presse/aktuell/txt0305.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650
  - 16 BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522
  - 17 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
  - 18 ebd.; BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Information von Dr. Michael Mehnert, BfS, beim Morsleben-Workshop am 21.1.2005
  - 19 RSK: Sicherheitsanalyse Morsleben (Anlage 1 zum Ergebnisprotokoll der 260. RSK-Sitzung am 20.03.1991), MorsArch 000452
  - 20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
  - 21 Morsleben-Seminar, 20./21.03.2004; Morsleben-Netzwerk: Medieninformation vom 14.01.2005: „Weitere Verzögerungen bekannt geworden: BfS schiebt Stilllegung Morslebens weiter hinaus! Morsleben-KritikerInnen fordern zügige Stilllegung der unsicheren Atomanlage“
  - 22 Information aus dem Umweltministerium Sachsen-Anhalt vom 13.01.2005; Morsleben-Netzwerk: Medieninformation vom 14.01.2005: „Weitere Verzögerungen bekannt geworden: BfS schiebt Stilllegung Morslebens weiter hinaus! Morsleben-KritikerInnen fordern zügige Stilllegung der unsicheren Atomanlage“; ddp-Meldung: „Netzwerk befürchtet Hinauszögerung der Stilllegung von Morsleben“, 14.01.2005; Junge Welt: „Morsleben-Schliessung weiter verschleppt“, 15.01.2005; Neues Deutschland: „Ein Endlager findet kein Ende. Stilllegung Morslebens offenbar neuerlich verschoben“, 17.01.2005; taz: „Die Zeitbombe darf vorerst weiter ticken“, 17.01.2005
- 

---

## 6. Anhang

### Danksagungen

Für die Unterstützung bei den Recherchen, der Dokumentation, der Ausarbeitung der Texte und der Überarbeitung danke ich Susann Baehs, Antje Becker, Thomas Beckert, Kerstin Bremer, Dr. Erika Drees, Christina Ebeling, Claudia Fittkow, Andreas Fox, Juliane Furkert, Stephan Geidel, Ulrich Hauer, Gerhild Klein, Jan Kummerfeldt, Antje Labza, David Lähnemann, Jonas Lähnemann, Sabrina Lippert, Dr. Gerhard Loettel, Ronald Nold, Beate Meinhardt, Evelyn Mkrjan, Yvonne Most, Susanne Ochse, Carmen Pohl, Michael Rost, Christin Schäfer, Dr. Joachim Scherrieble, Ursula Schönberger, Jana Schwenke, Joris Spindler, Antje Voelkel, Elisabeth Weissteiner, Tanja Wolf.

### Quellen

Die Grundlage der hier vorgelegten Informationen bildeten Recherchen im Archiv Grünes Gedächtnis, der Bibliothek des Bundesamt für Strahlenschutz Berlin, dem Bundesarchiv, dem Kreisarchiv des Ohrekreises in Haldensleben, dem Museum Haldensleben, dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, dem Stasi-Archiv und den Archiven bzw. Aktenbeständen kritischer Organisationen und WissenschaftlerInnen. Letztere waren u. a. AG Schacht Konrad, Bürgerinitiative gegen das Atom Müll-Endlager Morsleben, BUND Sachsen-Anhalt, Greenkids Magdeburg, Greenpeace, Gruppe Ökologie Hannover und NABU Sachsen-Anhalt.

### Bildnachweise

Sofern nicht anders ausgewiesen entstammen die Fotos und Grafiken dem Archiv der Greenkids Magdeburg e. V.

### Adressen

Die im folgenden aufgelisteten Organisationen beschäftigten sich nach der Vereinigung mit dem Endlager Morsleben. Die meisten dieser Initiativen arbeiten auch heute noch intensiv an diesem Thema.

AG Schacht Konrad  
Bleckenstedter Str. 14, 38239 Salzgitter  
05341-900194  
[info@ag-schacht-konrad.de](mailto:info@ag-schacht-konrad.de)  
[www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)

AntiCastorNetz Magdeburg  
c/o BUND, Olvenstedter Str. 10, 39104  
Magdeburg  
0162-8608949  
[AntiCastorMD@gmx.de](mailto:AntiCastorMD@gmx.de)  
[www.antiatom.de/magdeburg](http://www.antiatom.de/magdeburg)

---

Initiative gegen das Atommüll-Endlager Morsleben e. V. Rostocker Str. 5, 38350 Helmstedt 05351-41861	Gruppe Ökologie Hannover Kl. Düwelstr. 21, 30171 Hannover 0511-853057
BUND Sachsen-Anhalt e. V. Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg 0391-5433361 bund.sachsen-anhalt@bund.net www.bund-sachsen-anhalt.de	Morsleben-Netzwerk Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg 0162-8608949 kontakt@morsleben-stillegung.de www.morsleben-stillegung.de
Greenkids Magdeburg e. V. Postfach 320119, 39040 Magdeburg 0162-7868204 morsleben@greenkids.de www.greenkids.de	NABU Sachsen-Anhalt e. V. Schleinufer 18a, 39104 Magdeburg 0391-5619350   mail@nabu-lsa.de www.nabu-lsa.de
Greenpeace e. V. Thomas Breuer Gr. Elbstr. 39, 22767 Hamburg 030-30618311 thomas.breuer@greenpeace.de www.greenpeace.de	NAJU Sachsen-Anhalt Schleinufer 18a, 39104 Magdeburg 0391-5437375   mail@naju-lsa.de www.naju-lsa.de
Diese Institutionen sind heute für den Betrieb, Genehmigungen bzw. die Aufsicht des Endlagers zuständig bzw. führen Gutachten dazu:	ÖZIM e. V. Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg 0391-7315980   oezim@t-online.de http://oezim.gl.aser.de
Bundesamt für Strahlenschutz Postfach 100149, 38201 Salzgitter 01888-3330 ePost@bfs.de www.bfs.de	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Stilleweg 2, 30655 Hannover 0511-6430 poststelle@bgr.de www.bgr.de
Bundesumweltministerium Alexanderplatz 6, 10178 Berlin 01888-3050 presse@bmu.bund.de www.bmu.de	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt Postfach 156, 06035 Halle/Saale 0345-52120 poststelle@lagb.mw.lsa-net.de www.mw.sachsen-anhalt.de/gla/
DBE – Morsleben Infohaus, Herr Kögler, Siedlung 110, 39343 Morsleben 039050-8274 eram@dbe.de www.dbe.de	Umweltministerium Sachsen-Anhalt Olvenstedter Str. 4, 39108 Magdeburg 0391-56701 PR@mlu.lsa-net.de www.mlu.sachsen-anhalt.de

## Abkürzungsverzeichnis

AE	Atomenergie
AG	Arbeitsgemeinschaft, Aktiengesellschaft
AHB	Außenhandelsbetrieb (DDR), hier: Isocommerz
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (MfS)
AKW	Atomkraftwerk
APS	Anordnung über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (DDR)
AtG	Atomgesetz (Bundesrep. Deutschland)
ATRS	Anordnung über den Transport radioaktiver Stoffe (DDR)
BArchB	Bundesarchiv, Außenstelle Berlin
BDR	Az. für Verwaltungssachen, verwendet vom BezirksG
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BI	Bürgerinitiative
BMI	Bundesinnenministerium
BMU	Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Betriebsteil
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
BV	Bezirksverwaltung (MfS)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DBE	Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH
ERAM	Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben
EWN	Energiewerke Nord GmbH
FGW	Fluggerätewerk GmbH
FIM	Führungs-IM (MfS)
GAU	größter anzunehmender Unfall
GBq	Giga-Bequerel (Milliarden Bequerel)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (MfS)
GÜSt	Grenzübergangsstellen
HA	Hauptabteilung (MfS)
HFIM	Hauptamtlicher Führungs-IM (MfS)
IAEA	International Atomic Energy Agency
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen (MfS)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs (MfS)
KD	Kreisdienststelle (MfS)

---

KKW	Kernkraftwerk
KZ	Konzentrationslager
LHASA, MD	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg
LV	Landesverband
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (DDR)
MfKE	Ministerium für Kohle und Energie (DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MKE	Ministerium für Kohle und Energie (DDR)
MorsArch	Morsleben-Archiv
MRLU	Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt
NABU	Naturschutzbund Deutschland e. V.
NAJU	Naturschutzjugend im NABU e. V.
Nds. HStA	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv
NS	Nationalsozialismus
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
Nukem	(Firma)
NVA	Nationale Volksarmee
OBA	Oberbergamt
OTS	Operativ-Technischer Sektor (MfS)
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS)
OPS	operative Sicherung (MfS od. Grenztruppen ?)
OV	Operativer Vorgang (MfS)
OVG	Oberverwaltungsgericht
ÖZIM	Ökologisches Zentrum und Institut Magdeburg
PMR	Präsidium des Ministerrates (DDR)
RA	Rechtsanwalt
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSK	Reaktorsicherheitskommission (Bundesrep. Deutschland)
SAAS	Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (DDR)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SD	Sicherheitsdienst der SS (Nationalsozialismus)
SS	Schutzstaffel der NSDAP (Nationalsozialismus)
SS-RSHA	Reichssicherheitshauptamt der SS (Nationalsozialismus)
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
SZS	Staatliche Zentrale für Strahlenschutz (DDR)
UVP	Umweltverträglichkeits-Prüfung (Bundesrep. Deutschland)
VE	Volkseigene ... (DDR)
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VOAS	Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (DDR)
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZEGB	Zentrales Endlager Grube Bartensleben
ZK	Zentralkomitee der SED (DDR)
ZStL	Zentralstelle der Staatsanwaltschaften Ludwigsburg

---

## Impressum

Falk Beyer:

Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben

unter Mitwirkung von: Thomas Beckert, Juliane Furkert, Antje Labza,  
Sabrina Lippert, Christin Schäfer, Antje Völkel

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 36)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, März 2004

Layout: Stefan Nowotzin